

Abonnements-Bedingungen:
Abonnementpreis: 3,50 M. monatlich 1,10 M.
wöchentlich 25 Pf. ...

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: SW. 68, Lindenstraße 3.
Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 151 90-151 97.

Mittwoch, den 13. Januar 1915.

Expedition: SW. 68, Lindenstraße 3.
Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 151 90-151 97.

Deutsche Erfolge in den laufenden Schützengraben- und Artilleriegefechten.

Westlicher Kriegsschauplatz.

Der französische Tagesbericht.

Paris, 11. Januar. (W. T. B.) Amtlicher Bericht von 3 Uhr nachmittags. Zwischen dem Meer und der Lys zeitweilig aussehende, wenig heftige Kanonade. Im Gebiet von Ypern erwiderte unsere Artillerie wirksam denjenigen des Feindes; sie konnte ein gezieltes Feuer gegen die deutschen Schützengräben richten. Zwischen Lys und Dize, im Gebiet von La Boisselle, nahmen wir nach heftigem Kampf einen Schützengraben ein. Nordöstlich Soissons, auf der Spitze der Höhe 132, schlugen wir gestern einen deutschen Angriff ab und griffen darauf an. Wir eroberten auf einer Front von ungefähr fünfhundert Meter zwei Linien feindlicher Schützengräben und verlängerten dadurch gegen Osten die am 3. Januar eroberten Schützengräben. Wir sicherten uns so den ganzen Besitz der Spitze der Höhe 132. An der Aisne, in der Champagne bis Reims Artillerieklämpfe. Zwischen Reims und Argonnen beschossen wir die feindlichen Schützengräben erster Linie und die Unterstände der Reserven. Nördlich Perthes rückten wir vor, nachdem wir gestern Abend die gemeldeten Gegenangriffe abgewiesen hatten. Wir gewannen eine Linie von 200 Meter Schützengräben. Nördlich Beau Séjour verdrängte sich der Feind, die Feldbefestigung, welche er gestern verlor, wider einzunehmen. Seine Gegenangriffe, alle mit je zwei Bataillonen, der zweite in geschlossenen Formationen ausgeführt, wurden abgewiesen. Der Feind erlitt große Verluste. In den Argonnen einige kleine Gefechte. Wir behaupteten unsere Stellungen. Zwischen Maas und Mosel ruhiger Tag. In den Vogesen dichter Schneefall. Einige Granaten fielen auf Alt-Thann und Höhe 425.

Paris, 12. Januar. (W. T. B.) Ein deutsches Flugzeug wurde bei Amiens von einem französischen Flugzeug verfolgt und zur Landung gezwungen, wobei es in die französischen Linien fiel. Von den Insassen des deutschen Flugzeuges wurde ein Offizier getötet, ein anderer verletzt.

Nüchterne Auffassung der Kriegslage in England.

London, 12. Jan. (T. U.) Die Daily Mail hat von einem Korrespondenten eine Reihe von Artikeln über den Zustand in Deutschland veröffentlicht und fasst jetzt die Mitteilungen ihres Korrespondenten in einem Leitartikel zusammen, worin es u. a. heißt: Das Bild dieses großen Landes ist, daß es einig wie niemals vorher und auch voll Vertrauen ist auf Sieg, fest entschlossen und gut organisiert zum Siege, ein Land, das mit unerhörten und unerhörten Hilfsmitteln an Kriegsmaterial versehen ist, das trotz der schweren Verluste ungebrochen ist, das durch ökonomischen Druck der britischen Uebermacht zur See bis auf einzelne Ausnahmen noch nicht gedrohen ist. So muß man den Zustand in Deutschland auffassen. Nichts weist darauf hin, daß Mangel an Lebensmitteln oder an Rohstoffen eingetreten ist.

Der Krieg und die Kolonien.

Englische Operationen an der Walfischbai.

London, 12. Januar. (W. T. B.) Das Neutische Bureau meldet aus Walfischbai vom 8. Januar: Die Walfischfangstation 20 Seemeilen nördlich von hier ist gleichzeitig mit der Walfischbai von den Engländern besetzt worden, ebenso das Kachelhaus und der Brunnen von Sandfontein.

Kämpfe im Kongogebiet.

Paris, 11. Januar. (W. T. B.) Der Temps meldet: Das hier eingetroffene „Amtsblatt vom Kongo“ vom 15. November gibt einen Bericht über die militärischen Operationen im Sanghagebiet. In diesem Bericht heißt es: Anfang Oktober eroberte die Kolonne, welche zuvor Vonga und Uesso eingenommen hatte, Djembe, fünfzig Kilometer nördlich von Uesso, und marschierte dann gegen Kola vor. Die Verbindung der Kolonne mit dem Posten in Uesso wurde wenige Tage darauf vom Feinde abgeschnitten, welcher Ndjimu einnahm und besetzte. Nach dem Eintreffen der aus Brazzaville erbetenen Hilfe wurde am 26. Oktober Ndjimu angegriffen und nach zehntägigem erbitterten Kampf eingenommen. Andere Kolonnen hatten unterdessen Kola, Carnot und Vonia eingenommen.

Die Meldung des Großen Hauptquartiers

Amtlich. Großes Hauptquartier, den 12. Januar 1915. (W. T. B.)

Westlicher Kriegsschauplatz.

Südlich des Kanals von La Bassée finden geringfügige Kämpfe statt, die bisher ohne Ergebnis waren.

Nördlich Crouy griffen die Franzosen gestern Abend an, wurden aber unter schweren Verlusten zurückgeworfen. Heute früh lebten die Kämpfe hier wieder auf.

Ein gestern nachmittag in Gegend östlich Perthes unternommener französischer Angriff brach in unserem Feuer zusammen. Der Feind hatte sehr schwere Verluste.

In den Argonnen wurde an der Römerstraße ein französischer Stützpunkt erobert, zwei Offiziere und 140 Mann fielen dabei in unsere Hände. In den Kämpfen im östlichen Teil der Argonnen sind den Franzosen seit 8. Januar (einschließlich der gemeldeten) ein Major, drei Hauptleute, 13 Leutnants, 1600 Mann an Gefangenen abgenommen, so daß ihr Gesamtverlust einschließlich Toter und Verwundeter in diesem beschränkten Gefechtsraum auf 3500 Mann geschätzt wird.

Französische Angriffsversuche bei Ailly südlich St. Mihiel scheiterten.

Ostlicher Kriegsschauplatz.

In Ostpreußen nichts Neues.

Russische Vorstöße im nördlichen Polen hatten keinen Erfolg.

Unsere Angriffe im Gebiet westlich der Weichsel machten trotz des schlechten Wetters an einigen Stellen Fortschritte. Auf dem östlichen Pilicaufer keine Veränderung.

Oberste Heeresleitung.

Der österreichische Generalstabsbericht.

Wien, 12. Januar. (W. T. B.) Amtlich wird veröffentlicht: 12. Januar 1915:

Die Versuche des Feindes, die Rida zu forcieren, wiederholten sich auch gestern. Während heftigen Geschützkampfes an der ganzen Front setzte vormittags im südlichen Abschnitt eine Krafttruppe des Gegners erneut zum Angriff an, brach jedoch nach kürzester Zeit in unserer Artilleriefeuer nieder; stütete zurück, Hunderte von Toten und Verwundeten vor unserer Stellung zurücklassend.

Gleichzeitig hielt auch südlich der Weichsel der Geschützkampf an, wobei es einer eigenen Batterie gelang, einen vom Feinde besetzten Weierhof derart unter Feuer zu nehmen, daß die dort seit den letzten Tagen eingemieteten Russen gezwungen wurden, fluchtartig ihre Stellungen zu räumen.

In den Karpaten erschweren die ungünstigen Witterungsverhältnisse jede größere Aktion. Im oberen Ugatale hat sich der Gegner näher an den Ujsojpaß zurückgezogen.

Die von den russischen Zeitungen verbreitete Nachricht, die Festung Przemyśl hätte am 10. Dezember einen Parlamentär zum Feinde entsendet, ist natürlich vollkommen erfunden und dürfte nur bezwecken, die gänzliche Machtlosigkeit gegenüber dieser Festung zu verbergen.

Der Stellvertreter des Chefs des Generalstabes; von Hofer, Feldmarschalleutnant.

Der Seekrieg.

Erklärung des Kommandanten von Scarborough.

Kopenhagen, 11. Januar. „Politiken“ meldet aus London: Major Brodwell, der derzeitige Kommandant der Festung Scarborough, veröffentlicht in der „Morning Post“ einen Artikel, in dem die deutsche Behauptung, daß die deutschen Schiffe von den Feldverschanzungen bei Scarborough beschossen worden sind, bestritten wird. Der Artikel behauptet, daß Scarborough keine Feldverschanzungen und keine Kanone gehabt habe. Die Kanonen, die früher auf den Festungshöhen gestanden hätten, seien vor mehreren Jahren fortgenommen worden; dagegen seien Baracken aufgeführt worden, die als Artilleriedepots eingerichtet seien. Der deutsche Bericht, der von Kanonen spricht, sei ein Lügengewebe.

(Notiz des W. T. B.: Wenn keine Kanonen da sind, wozu richtet man dann Artilleriedepots ein?)

Der türkische Krieg.

Die Kriegslage im Kaukasus.

Wien, 12. Januar. (T. U.) Die „Korrespondenz-Kundschau“ meldet aus Kopenhagen: Ueber die Kriegslage im Kaukasus wird auf russischer Seite außerordentliche Reserve beobachtet. Man beschränkt sich auf die Festlegung, daß die Siegesnachrichten der Türken dem momentanen Stande der Dinge nicht entsprechen, da die russischen Operationen planmäßig verlaufen. Daran werden einige Einzelheiten geknüpft. Die Wälder berichten trotzdem anhaltend von der zunehmenden Panik im Kaukasus und wenden sich gegen die Schwäche der dortigen Behörden und deren oberste Chefs.

Die „Kowoje Wrenja“ bringt mit Genugtuung die Türker Meldung, daß auf Befehl des kaukasischen Statthalters das gesamte Dattumer Gebiet einschließlich des Festungstons als neuen Kommandanten mit erweiterter Vollmacht dem General Ljachon unterstellt worden sei, der sich als Chef der russischen Kosakenbrigade in Persien besonders ausgezeichnet habe.

Die Türkei bestreitet die russischen Siegesmeldungen aus dem Kaukasus.

Konstantinopel, 10. Januar. (W. T. B.) (Verpätet eingetroffen.) Gegenüber den falschen Meldungen der russischen Presse über türkische Niederlagen veröffentlicht das Hauptquartier eine Depesche des Befehlshabers der kaukasischen Armee vom 9. Januar über die militärischen Operationen in den letzten zwei Wochen. Die Depesche berichtet: Auf der Hauptfront haben unsere Truppen dem Feinde jenseits unserer Grenze gelagerte beherrschende Stellungen entziffen. Die Operationen bei Dity und Argagan werden durch tiefen Schnee und heftigen Frost aufgehalten. Unsere in Aserbeidschan vorrückenden Abteilungen verfolgen trotz schlechten Wetters den Feind, der sich zurückzieht, nachdem wir Kumi (Uemia) und Kotur besetzt haben. Die Russen behaupten, die Divisionskommandeure eines Armeekorps gefangen genommen zu haben. Diese Meldung wird für falsch erklärt. In Wirklichkeit hat eine russische Abteilung in einem russischen Dorfe einen Zug von Wertungen angegriffen, unter denen sich ein schwerverlegter Brigadefeldkommandeur befand. Dieser wurde gefangen genommen und die anderen getötet.

Im Tral versuchten gestern zwei Bataillone englischer Infanterie mit zwei Gebirgsschnellfeuergeschützen, ein Lager unserer arabischen Partisanen in der Umgebung von Kurna zu überraschen; sie fielen aber in einen Hinterhalt und verloren 125 Tote und Verwundete. Nach einem zweistündigen Kampfe verfolgten die Araber den Feind. Obwohl sie auf kurze Entfernung dem Feuer der Geschütze ausgesetzt waren, hatten sie nur 15 Verwundete.

Vorwürfe gegen die Russen.

Konstantinopel, 11. Januar. (W. T. B.) Durch Berichte des Sanitätsdienstes der Armee und des Roten Halbmonds, die von Photographien begleitet waren, ist festgestellt worden, daß die Russen Dum-Dum-Kugeln in den Kämpfen um Bataan verwendet haben. Die osmanische Regierung hat bei den Völkern der befreundeten Mächte gegen diese unmenschlichen der Petersburger und Haager Konvention widersprechenden Akte protestiert und die italienische Völkerschaft, die die russischen Interessen vertritt, gebeten, Rußland mitzuteilen, sie werde im Falle einer Wiederholung solcher Verbrechen mit Repräsentationen vorgehen.

Vom südafrikanischen Kriegsschauplatz.

Eine Abteilung Buren gefangen.

London, 12. Januar. (B. L. B.) Das Reutersche Bureau bringt die amtliche Mitteilung aus Pretoria vom 9., daß eine kleine Abteilung aufständischer Buren bei dem Versuche, nach Deutsch-Südwestafrika zu entkommen, an der Grenze von Bejchuanaland gefangen genommen worden sei.

Französische Verleumdungen.

Berlin, 11. Januar. (B. L. B.) Nach einem Pariser Telegramm hat der Ministerpräsident Viviani am 9. Januar im Ministerrat den Bericht einer Untersuchungskommission über Verletzungen der Menschenrechte durch die Deutschen angefündigt, der in mehreren hunderttausenden Exemplaren gedruckt, überseht und den Neutralen zur Verfügung gestellt werden soll.

Dieser Bericht bildet, soweit er bis jetzt aus französischen Veröffentlichungen bekannt ist, eine einzige Kette niedrigster, haltloser Verleumdungen, durch welche nur Haß erzeugt und das Volk gegen die deutsche Invasion aufgepeitscht werden soll.

1. Soweit den Deutschen allgemein und ohne nähere Angabe von Zeit, Ort, dem Täter und dem Beweismaterial Nord, Plünderung, Brandstiftung, Vergewaltigung von Frauen vorgeworfen wird, soll offensichtlich nur der Eindruck erweckt werden, als ob die Deutschen auf ihrem Siegeszuge überall planmäßig derartige Verbrechen begingen.

Demgegenüber steht fest, daß die deutsche Heeresleitung mit allen Mitteln und mit durchgreifendem Erfolge die Erhaltung der Manneszucht und die strenge Beobachtung der Regeln des Kriegesrechts auf sämtlichen Kriegsschauplätzen durchzusetzen gewohnt hat. Wühler trifft die französische Regierung und nicht minder die von ihr geleitete und beeinflusste Presse, die sich nicht scheut, die deutschen Heerführer als Wühler und Anstifter von Schandthaten hinzustellen, der Vorwurf der Lüge.

2. Soweit man sich französischerseits bisher bequem hat, Einzelfälle anzuführen, ist selbstverständlich von der deutschen Regierung sofort eine eingehende strenge Untersuchung veranlaßt worden, deren Ergebnis in vollem Vertrauen auf den deutschen Charakter mit Ruhe entgegenzusehen werden kann, und welches feinerzeit veröffentlicht werden wird.

Zu einem dieser Fälle kann aber schon heute eine Widerlegung gegeben werden — dem Fall Lunéville, in dem der deutschen Heeresleitung die grundlose Einäschung von 70 Gehäusen zur Last gelegt wird. Hätte die französische Regierung es für gut befunden, eingehende und objektive Ermittlungen über den Grund des in Lunéville abgehaltenen Strafgerichts anzustellen, so würde sie sich den Vorwurf leichtfertiger Unwahrheit erspart haben, der ihr bei ihrem jetzigen Verhalten gemacht werden muß. Sie würde alsdann festgestellt haben, daß die einheimische Bevölkerung sich nicht geteilt hat, am 25. August 1914 nach Besetzung der Stadt durch die Deutschen das hôpital militaire, in dem zahlreiche verwundete Soldaten lagen, plötzlich und heimtückisch um 5 Uhr nachmittags durch Feuer aus Fenstern und Dachlukken der in der Nachbarschaft gelegenen Häuser zu überfallen; dies Feuer dauerte anderthalb Stunden ununterbrochen an und wurde lediglich von Zivilpersonen unterhalten, da uniformierte Franzosen zu jener Zeit nicht in Lunéville anwesend waren; auch am folgenden Tage wurden bayerische Truppen in gleicher Weise aus den Häusern von Zivilpersonen beschossen.

Dieser Vorgang ist durch die eidlichen Vernehmungen zahlreicher Zeugen einwandfrei und objektiv festgestellt.

Im übrigen sei der französischen Regierung hiermit vorzulegen, wie sich französische Truppen in eigenen Lande benommen haben. Sie sind es, die geplündert und gemordet haben, nicht aber die Deutschen, denen von der französischen Regierung grundlos dieser Vorwurf gemacht wird. Ihre eigenen Landsteuere haben glaubhaft bekundet, daß französische Soldaten und Zivilisten in eigenen Lande schonungslos Schiffschiffe und Häuser — in Fontaines bei Velfort, Rambervillers, Attigny, Villers-devant-Merriès, Vivaise bei Crepe, Thugny und Moh — ausgeplündert haben. Nur diese also, nicht aber die Deutschen, trifft der Vorwurf für solche Verbrechen; im Gegenteil haben in zahlreichen Fällen einwandfreie französische Zeugen das Wohlverhalten, die Sittsamkeit und die strenge Manneszucht der Deutschen gerühmt.

Auch der den deutschen Truppen grundlos entgegengebrachte Vorwurf des Mordes fällt auf den Verleumder mit erdrückendem Gewicht zurück. An dieser Stelle sei nur erwähnt, daß die Franzosen auf dem Schlachtfelde deutsche Verwundete in überaus zahlreichen Fällen bestialisch verstümmelt und hingeschlachtet haben. Vielfach ist nachgewiesen worden, daß Fälle vorgekommen sind,

in welchen die französischen Soldaten hilflose deutsche Verwundete durch massenhafte Bajonettschüsse in Leib, Kopf und Augen, durch Kolbenschläge, Durchschneiden der Gurgel und andere Schandthaten grausam ums Leben gebracht haben. Einsperren von Verwundeten, Anbinden an Bäume und Pfähle, Erschießen kampfunfähiger aus nächster Nähe, Ermordung hilfloser Sanitätsmannschaften aus dem Hinterhalt, Abschneiden der Gesichtsteile, Ausschlagen des Bauches, Ausstechen von Augen, Abschneiden von Ohren, Festspießen Verwundeter auf dem Erdboden, zahlreiche Verraubungen von Verwundeten und Toten — alle diese Schandthaten sind nachgewiesen worden, wo französische Truppen gekämpft haben, und bilden ein beredtes Zeugnis dafür, auf welcher Seite die Schänder von Kultur und Sitte zu suchen sind.

Die sämtlichen vorstehend erwähnten schmachvollen Handlungen der französischen Truppen werden durch eidliches Zeugnis einwandfrei Persönlichkeiten bestätigt und werden feinerzeit der Öffentlichkeit zur Kritik überantwortet werden.

Aber auch außerhalb des Schlachtfeldes haben Organe der französischen Regierung in verschwiegene Gefängnisräumen sich des Mordbetruges schuldig gemacht: im Gefängnis von Montbéliard wurden im August 1914 deutsche Kriegsgefangene von französischen Gendarmen roh und grausam verstrümmelt und nachher grundlos totgeschlagen. In einem anderen Falle überfielen räuberische Horde französischer Soldateska die Postagentur in Niederjulbach, nahmen die Mitglieder der Posthalterfamilie gefangen, schleppten sie fort, behandelten sie unwürdig und grausam und warfen den gebrechlichen 68jährigen Posthalter die Treppe hinunter auf die Straße. Auch er wurde im Gefängnis in Velfort von seinem Wächter roh mißhandelt, mit Füßen getreten und demart gequält und geprügelt, daß er in der Nacht (zum 17. August 1914) eines elenden Todes verstarb. Auch diese Fälle sind durch die eidlichen Bekundungen glaubhafter Augenzeugen erwiesen.

Hält man hierzu die schmachvolle, jeder Gesittung höhnisch sprechende und alle völkerrechtlichen Vorschriften mißachtende Behandlung, welche das deutsche Sanitätspersonal, welches das Unglück hatte, in französische Hände zu geraten, in Le Bourget, Rougères, St. Menchoud, Biry le Francois, St. Prioux, Peronne, Saleux, Vincennes, Thon, Amiens, Bordeaux, Clermont-Ferrand und anderen Orten über sich ergehen lassen mußte — berücksichtigt man ferner die grausame und erniedrigende Behandlung der Kriegsgefangenen in Veriteux, Granville, Pun de Dome, Montpignon, Rougères, Castrès, Mont Louis und anderen Gefangenenlagern, bedenkt man ferner die Verwendung der gefährlichsten und schlimmsten Dum-Dum-Geschosse auf fast allen Teilen der französischen Schlachtlinie — gewollt und gebilligt durch die französische Heeresleitung —, so muß der französischen Regierung jede Berechtigung zu allgemeinen Beschuldigungen und Verdächtigungen der deutschen Kriegführung abgesprochen werden.

Die Lage auf dem Balkan.

Köln, 12. Januar. (B. L. B.) Die „Kölnische Zeitung“ meldet aus Sofia: Die Auffassung, die Ausdehnung des Krieges auf die Balkanländer stehe unmittelbar bevor, teilt die hiesige leitende Stelle nicht. Alle Entschlüsse sind nach wie vor von den Entscheidungen auf den großen Kriegsschauplätzen abhängig. Rumänien beabsichtigt, gegen Januarende den Truppenstand zu erhöhen. In Bulgarien sind noch keine Entscheidungen über die Einberufung der Reserven getroffen.

Eine rumänische Abordnung in Rom.

Berlin, 12. Januar. (Z. U.) Wie der Turiner „Stampa“ berichtet wird, ist die rumänische Abordnung, die angeblich eine gleichzeitige Unternehmung von Italien und Rumänien zustande bringen soll, bereits in Rom eingetroffen. Die Beziehungen dieser Abordnung zu der rumänischen Gesandtschaft in Rom seien nur lose. Der rumänische Gesandte in Rom habe erklärt, seine Regierung stehe mit dieser Abordnung nicht in Verbindung. In italienischen politischen Kreisen nehme man an, daß eine starke Strömung in Rumänien auf einen Eingriff in den Krieg hinarbeite, daß aber in Rumänien wie in Italien die Regierung zu warten für richtiger halte.

Neutrale Friedensbemühungen.

Berlin, 12. Januar. (Z. U.) Der Triester „Piccolo“ gibt eine Amsterdamer Meldung wieder, daß die Königin von Holland, die Großherzogin von Luxemburg und der schweizerische Bundespräsident gemeinsam mit dem Präsidenten der Vereinigten Staaten sich um eine Friedensvermittlung bemühen. In der Schweiz ist von solchen Friedensbemühungen nichts bekannt.

3. Falls die Einwohner Ost-Preussens sich keine feindlichen Handlungen zu Schulden kommen lassen, so wird auch der kleinste dem russischen Heere erwiesene Dienst reichlich belohnt und belohnt werden; die Ortschaften werden verschont und das Eigentumsrecht wird gewahrt bleiben.

Gezeichnet: von Kennenkampf.

General Adjutant Seiner Kaiserlichen Majestät
General der Kavallerie.

Diese Bekanntmachung wird am 25. August auf einem Plakat, das in der Druckerei der „Ostdeutschen Volkszeitung“ hergestellt ist, in richtiger Orthographie und richtigen Typen wiederholt. Dasselbe Plakat enthält die folgende

Bekanntmachung.

Die russische Militär-Obrigkeit becheinigt hiermit, daß Herr
Dr. Max Bierfreund
zum Gouverneur der Stadt Insterburg
ernannt worden ist.

Und das gleiche Plakat bringt eine erste amtliche Kundgebung des neuen Gouverneurs. „Wie ist unsere Lage?“ ist der Titel, und die Frage wird wie folgt beantwortet:

Der Feind ist bis in unsere Stadt vorgebrungen und hält dieselbe bis auf weiteres — unter Umständen bis zur Beendigung des Krieges — mit einem Obersten und einem Regiment dauernd besetzt. Jeder Widerstand gegen die obigen Bestimmungen hat die Ausführung der angedrohten Strafen durch den russischen Ortskommandanten zur unweigerlichen Folge. Außerdem müssen auch dafür die von unserer Bürgerchaft bis zur Beendigung des Krieges als Gewähr für die friedliche Haltung der Zivilbevölkerung zu stellenden drei Geißeln oder Bürgen für jeden von einer Zivilperson auf das russische Heer verübten Anschlag mit dem Leben büßen. Weil diese drei Bürgen von uns bis zur Beendigung des Krieges bestellt werden müssen, bestimme ich, daß je drei Bürgen für die Dauer von 24 Stunden in fortlaufender Reihe sich zur Verfügung stellen. Da die Bürgerchaft der Zeit, sich freiwillig gestellten Bürgen: Stadtrat Heiler, Architekt Laurinat und Oberkellner Uba u, mit dem 26. August von 10 Uhr abläuft, werden von da ab je drei weitere Bürgen von uns bestimmt werden. Wer meiner schriftlichen Aufforderung zur Uebnahme der Bürgenschaftsleistung nicht pünktliche Folge leistet, wird durch die für die Bewachung der Bürgen bestimmte russische Militärwache zwangsweise herbeigeholt. Es folgen eingehende Bestimmungen über die Ablieferung

Ein russisches Schreckensurteil.

Paris, 11. Januar. „Humanité“ erfährt aus Odessa, daß der sozialdemokratische Agitator Adamowitsch sowie 73 seiner Genossen wegen eines Gewerkschaftsblattes sich vor dem Odesaer Gerichte verantworten mußten. Adamowitsch wurde zu lebenslänglicher Verbannung nach Sibirien, zwei Genossen zu mehreren Jahren Zwangsarbeit, die übrigen zu mehrjährigen Festungsstrafen verurteilt.

(Wir haben diese Meldung bereits vor mehreren Wochen gebracht. Adamowitsch, der bekannte Organisator der Seeleute der Schwarzmeerflotte, wurde seinerzeit in Alexandrien verhaftet und trotz der Proteste der englischen Gewerkschaften von der englisch-ägyptischen Regierung an Rußland ausgeliefert.)

Die englischen Gewerkschaften gegen die zaristischen Verfolgungen.

Amsterdam, 12. Januar. (Privattelegramm des „Vorwärts“.) Eine Konferenz der britischen Gewerkschaften in der „Memorial Hall“ in London beschloß einen Protest gegen die Verfolgungen und Verurteilungen russischer Gewerkschaftler. Die Konferenz forderte Sir Edward Grey auf, bei der russischen Regierung zugunsten der Verurteilten zu intervenieren und auf eine Behandlung der Gewerkschaften zu dringen, die den Prinzipien der Freiheit und Gerechtigkeit entspricht, wofür, wie man annehme, die Alliierten kämpfen.

Ein Engländer gegen Englands Konterbandepolitik.

Unser Londoner Korrespondent schreibt uns: Der hervorragende englische Nationalökonom, Schriftsteller und Politiker J. A. Hobson erhebt in der englischen Presse einen energischen Protest gegen die jetzt von England praktizierte Konterbandepolitik. Er weist darauf hin, daß die amerikanische Protestnote eine schwere Beschuldigung gegen England erhebt, nämlich die, daß es die Einfuhr von Lebensmitteln nach Deutschland verhindert, die nicht für die bewaffneten Streitkräfte, sondern für die Zivilbevölkerung bestimmt sind. Hobson fordert von der Regierung eine zufriedenstellende Antwort auf diese Anklage.

„Ein solcher Anspruch“ (die Anhaltung von Lebensmitteln ohne Beweis, daß sie für das Militär bestimmt sind), sagt Hobson, wäre unserer Geschichte und der Sache, der wir zu dienen vorgeben, unwürdig. Es ist unsere Aufgabe, die deutschen Kombattanten zuzuschlagen, nicht aber die Nichtkombattanten auszuhungern.“ Deshalb müsse die englische Regierung ihre neue Konterbandepolitik schleunigst widerrufen.

Die Konterbande-Frage.

London, 12. Januar. (B. L. B.) In der Antwort der englischen Regierung auf die amerikanische Note heißt es, wie die Blätter berichten: Die englische Regierung stimmt dem von der Regierung der Vereinigten Staaten ausgesprochenem Prinzip zu, daß ein Kriegsführender nur dann in den Handel zwischen neutralen Ländern eingreifen soll, wenn es zum Schutze der nationalen Sicherheit notwendig ist. Die Regierung wird sich bemühen, innerhalb der Grenzen dieses Prinzips zu bleiben. England behält sich jedoch Eingriffe in den Handel mit Konterbande, die für Feindesland bestimmt ist, vor und erklärt sich bereit, Schadenersatz zu leisten, so oft unbedeutenderweise gegen dieses Prinzip verstoßen wird. Gegenwärtig stehen vier Ladungen Kupfer und Aluminium nach Schweden in Frage, die nach unumstößlichen Beweisen, welche sich in den Händen der englischen Regierung befinden, letzten Endes für Deutschland bestimmt sind, obwohl Schweden als Endziel angegeben ist. Die englische Regierung hat auch von besonderen Instruktionen erfahren, Summi unter anderer Benennung aus den Vereinigten Staaten zu verschiffen, um es der Aufmerksamkeit zu entziehen. Dies ist auch mehrfach geschehen. Solche Fälle können nur durch eine Durchsuchung in den Häfen aufgehört und bewiesen werden. Obwohl in der Note der Vereinigten Staaten nicht davon die Rede ist, ist vielfach eingewendet worden, daß das Ausfuhrverbot von Summi die Handelsinteressen der Vereinigten

der Schutz Waffen. Auf einem ausführlichen Anschlag vom gleichen Tage werden die erwähnten Befanntmachungen wiederholt und die Schilderung der Lage Insterburgs vervollständigt. Eine Bürgerwehr mit allen Befugnissen der bisherigen Polizeibeamten, deren Mitglieder auch die russischen Soldaten auf Ersuchen sofort Hilfe zu leisten haben, wird eingesetzt; das bisherige allgemeine Verbot der preussischen Militärbehörde, alkoholhaltige Getränke zu verkaufen, wird erneut und verschärft. Dann heißt es weiter:

Dagegen erhalten die Inhaber sämtlicher anderer Geschäfte hiermit den strengsten Befehl, sofort und andauernd ihre Geschäfte in der üblichen Zeit offen zu halten. Die nach erfolgter Befanntmachung der Verfügung weiterhin noch geschlossen vorgefundene Läden werden sofort amtlich geöffnet und der Verkauf durch ein Bürgerwehrmitglied geleitet werden. Die Bürgerwehrmitglieder sind berechtigt und verpflichtet, geeignete und vertrauenswürdige Haushalte (Verkäufer und Verkäuferinnen) an ihrer Stelle einzusetzen, die den weiteren Verkauf verantwortlich fortzuführen müssen. Alle Einnahmen derjenigen Geschäfte aller Art und Gewerbebetriebe, deren Inhaber bis zu dem am 24. August, vormittags 11 Uhr, erfolgten Besetzung der Stadt durch die russische Heeresmacht geflüchtet sind, müssen von dem genannten Zeitpunkt ab bis zur Rückkehr der betreffenden Geschäftsinhaber täglich gegen Quittung an die Stadtkassaplatz abgeliefert werden. Für die richtige Ablieferung dieser Einnahmen an die Stadtkassaplatz ist einzig und allein derjenige Verkäufer verantwortlich, welcher mit dem Verkauf von dem geflüchteten Geschäftsinhaber oder Mitglied der Bürgerwehr betraut worden ist.

Weitere Einzelheiten fordern die städtischen Beamten und Angestellten auf, ihrem Diensteide getreu ihre Obliegenheiten gewissenhaft fortzuführen, und machen Ratsstandsmaßnahmen bekannt, von denen die hauptsächlichste ist, daß „von morgen früh ab bis auf weiteres täglich von 9 bis 12 Uhr vormittags auf dem Schlachthofe Fleisch an die Zivilbevölkerung umsonst abgegeben wird.“ Die Befanntmachung schließt:

Ich bin überzeugt, daß schon jetzt die Einwohner Insterburgs die Ueberzeugung gewonnen haben, daß es bei gutem Willen gelingen muß, auch unter den jetzigen traurigen Verhältnissen die Ruhe und Ordnung in unserer Stadt aufrechtzuerhalten, wenn jeder Bürger, der es mit seinem Vaterlande und seiner Vaterstadt gut meint, dazu das Seinige beiträgt.

Aus Insterburgs Ruffentagen.

Die „Ostdeutsche Volkszeitung“ in Insterburg hat eine Mappe mit den Fassimiles der öffentlichen Bekanntmachungen, die in Insterburg während der Russenseit erschienen, herausgegeben und damit die Kriegsliteratur um ein hochinteressantes und dokumentarisch wichtiges Stück bereichert. Durch diese amtlichen Altentwürfe hindurch bekommen wir (wir geben hier die Besprechung der „Kreuzzeitung“ wieder. D. Red. d. „Borm.“) einen überraschend klaren Einblick in die Zustände der Stadt während der Feindesherkunft; General Kennenkampf wird uns lebendig und erweist sich, wie die „Deutsche Kriegszeitung“ danach zusammenfassend urteilt, im allgemeinen als lange nicht so schlimm wie sein Ruf; die absolute militärische Notwendigkeit, für den Schutz der Soldaten gegen Angriffe von Seiten der Zivilbevölkerung zu sorgen, tritt in Ankündigungen von Maßnahmen hervor, wie wir sie in Belgien leider tatsächlich durchführen mußten; vorzüglich aber hebt sich plastisch die Gestalt des Arztes und Stadtrats Dr. Bierfreund ab, der in unermüdlicher, entschlußschneller und energischer Tätigkeit während der drei Wochen der Russenherrschaft die Stadt am Leben erhielt, wie man ohne jede Uebertreibung sagen kann.

Am 24. August rückten die Russen in Insterburg ein. Sie brachten ein — wohl in Wilna gedrucktes — Plakat mit, das alsbald gelb an allen Straßenecken prangte und besagte:

Allen Einwohnern Ost-Preussens.

Gestern d. 4. — 17 August überschritt das Kaiserliche Russische Heer die Grenze Preussens und mit dem Deutschen Heere kämpfend, setzt es seinen Vormarsch fort.

Der Wille des Kaisers aller Russen ist die friedlichen Einwohner zu schonen.

Somit den mir Allerhöchst anvertrauten Vollmachten mache Ich folgendes bekannt:

1. Jeder, von Seiten der Einwohner dem Kaiserlichen Russischen Heere geleistete Widerstand, wird schonungslos und ohne Unterschied des Geschlechtes und des Alters bestraft werden.

2. Orte, in denen auch der kleinste Anschlag auf das Russische Heer verübt wird oder, in denen den Verfügungen desselben Widerstand geleistet wird, werden sofort niedergebrannt.

Staaten geschädigt habe. Es ist schwer für die englische Regierung, die Ausfuhr nach den Vereinigten Staaten zu erlauben, solange Gummil von den kriegführenden Ländern für Kriegszwecke gebraucht wird und auffallend große Mengen nach den neutralen Ländern verfrachtet werden. Großbritannien kann die Ausfuhr nur gestatten, wenn der Regierung das Recht zugestanden würde, Gummilieferungen aus den Vereinigten Staaten Preisgerichten zu unterwerfen, so oft sie glaubt, daß sie für Feindesland bestimmt sind. Die englische Regierung hat eine provisorische Vereinbarung mit Gummieporturen abgeschlossen, der zufolge unter gewissen Voraussetzungen die Ausfuhr erlaubt wird. Seit dem Ausbruch des Krieges hat die Regierung der Vereinigten Staaten ihre frühere Gepflogenheit geändert und die Veröffentlichung der Schiffsmanifeste bis 30 Tage nach Abfahrt der Schiffe von den Häfen der Vereinigten Staaten aufgehoben. Das zwang die englische Regierung, mehr Schiffe zurückzuhalten und zu untersuchen, als sonst nötig gewesen wäre. Die englische Regierung wünscht nicht die allgemeinen Grundsätze des internationalen Rechts, auf dem die Note der Vereinigten Staaten begründet ist, anzufechten, sondern die Eingriffe auf den Kontorbandhandel nach feindlichen Ländern zu beschränken. Sie ist bereit, so oft eine Ladung aus den Vereinigten Staaten aufgehalten wird, den Grund hierfür anzugeben und würde gern auf Nachschüsse eingehen, durch die Irrtümer vermieden werden könnten und in Fällen der Verurteilung eines ungerechtfertigten Schadens rasche Vergütung gesichert werden könnte.

Was Lebensmittel anbetrifft, so ist die englische Regierung bereit, zuzugestehen, daß Lebensmittel nicht festgehalten und vor ein Preisgericht gebracht werden sollen, vorausgesetzt, daß sie nicht für die bewaffnete Macht oder für die Regierung des Feindes bestimmt sind. Wir glauben, daß diese Regel bisher befolgt wurde. Aber wenn die Regierung der Vereinigten Staaten Fälle des Warenverkehrs angeführt hat, sind wir bereit, sie zu prüfen, und es ist unsere gegenwärtige Absicht, an dieser Regel festzuhalten, obwohl wir nicht eine unbegrenzte und bedingungslose Verpflichtung eingehen können angesichts des Aufgebens der bisher befolgteten Regeln der Zivilisation und der Menschlichkeit durch unsere Gegner und angesichts der Ungewissheit, bis zu welchem Grade diese Regeln künftig von ihnen verletzt werden könnten.

Washington, 12. Januar. (Meldung des Reuterschen Bureaus.) In Verbindung mit der Weigerung einiger amerikanischer und italienischer Dampfergesellschaften, für bedeutende Schweizer Firmen bestimmte Güter zu befördern, erklärte der englische Votschafter, daß England weit entfernt sei, ein solches Verhalten zu ermutigen, vielmehr aufrichtig wünsche, daß wirklich für den Gebrauch der Schweiz bestimmte Güter nicht im geringsten behindert würden.

Krieg und allgemeine Wehrpflicht.

London, 11. Januar. (W. T. B.) Der sozialistische Abgeordnete Ramsay MacDonald sagte in einer Rede, diese Kriegslieferer ganz unüberlegliche Gründe zugunsten der allgemeinen Wehrpflicht. England stütze sich heute auf Frankreich, das die allgemeine Wehrpflicht habe. England könne kein Bündnis mehr erhalten, das zu einem Kriege führen könne, und den Verbündeten sagen, sie sollten sechs Monate warten, bis englische Truppen sie in den Schlachten unterhalten. Die Verbündeten würden sich nicht darauf einlassen. Tatsache sei, daß der Militarismus seine theoretischen Verteidiger in England habe, die nach dem Kriege um so begehrter sein würden.

Ein Mißverständnis.

Wien, 12. Januar. (W. T. B.) Die Korrespondenz Wilhelm meldet: In einem Abteil der Südbahn bestand sich Sonntagmorgens auf der Rückkehr von einem Ausflug eine Gesellschaft, die sich lebhaft in französischer und englischer Sprache unterhielt. Ein in demselben Abteil fahrender Offizier forderte die Gesellschaft auf, sich der deutschen Sprache zu bedienen, worauf ihm ein Herr der Gesellschaft antwortete, daß er Schweizer sei. Die weiter folgende Konversation in den erwähnten Sprachen, sowie der Umstand, daß einer der Herren der Gesellschaft einen photographischen Apparat bei sich trug, veranlaßte den Offizier, bei der Ankunft auf dem Südbahnhofe die Aufmerksamkeit der militärischen Wachorgane auf die Gesellschaft zu lenken. Als sie zur Ausweiskontrolle aufgefordert wurde, hatte sich der Gesellschaft eine weitere Gruppe von Herren angeschlossen, die in einem anderen Abteil die Fahrt mitgemacht hatte. Die Gesellschaft bestand, wie sich nachträglich herausstellte, aus dem schwedischen Gesandten Reichherrn Wed-Prinz, dem schweizerischen Gesandten Dr. Choffat, dem dänischen Geschäftsträger v. Verche, sowie mehreren jüngeren Mitgliedern des hier akkreditierten diplomatischen Korps mit ihren Gemahlinnen. Da sich bei Anbahnung der Gesellschaft ein Zulammenstoß des Publikum gebildet hatte, das eine unfreundliche Haltung anzunehmen im Begriffe war, ließ der diensthabende Wachkommandant die Gesellschaft in die nahe gelegene Wachtstube ein-

Eine Bekanntmachung vom folgenden Tage teilt mit, daß alle Arbeitswilligen, Männer und Frauen, sofort Beschäftigung gegen tägliche Löhnung durch den städtischen Arbeitsnachweis erhalten, und daß Personen, die die auf der Straße umherlaufenden Hunde einfangen wollen, sofort gegen hohen Lohn gesucht werden. Ein Aufruf vom gleichen Tage fordert alle Bürger, die sich freiwillig als Bürger stellen wollen, auf, sich zwecks Eintragung in eine „alsbald zu veröffentliche und zum ehrenden Andenken aufzubewahrende Ehrenliste“ beim Gouverneur zu melden. Der Tag darauf hebt sehr ernst an. Er bringt einen Kommandanturbefehl, der folgendes besagt:

Nach Anzeige der Kommandantur soll gestern abend aus dem Drengwischen Hause in der Bahnhofstraße ein Schuh gefallen sein; infolgedessen befiehlt die Militärkommandantur folgendes:

1. Hält noch einmal aus einem Hause ein Schuh, so wird das Haus, fällt ein weiterer Schuh, so werden die Häuser der betreffenden Straße und beim dritten Schuh die ganze Stadt in Brand gesetzt.
2. Jede Person ohne Unterschied des Alters und Geschlechts wird von den russischen Patrouillen gefangen genommen, sobald sie sich nach 8 Uhr abends auf die Straße begibt.
3. Ich verbiete aufs strengste, sich irgendeinem militärischen Gebäude oder Magazin zu nähern, ebenso sich von allen sonstigen Häusern, vor welchen militärische Posten aufgestellt sind, möglichst fernzuhalten.

Nachdem durch die unentgeltliche Verabfolgung von Fleisch an die unbemittelte Bevölkerung für das Fernbleiben der Rot in diesem Punkte gesorgt ist, teilt eine Bekanntmachung des Gouverneurs vom 28. August weiter mit: Die Beschaffung von Kartoffeln habe ich in der Weise durchgeführt, daß auf einem zum Gutsbezirk Pereragenen gehörigen Kartoffelfeld vom Sonnabend, dem 20. August ab, alle erwachsenen weiblichen Personen mit ihren Kindern vom 10. Lebensjahre ab, jedoch nur aus der Stadt Insterburg, die Erlaubnis erhalten, sich täglich eine Menge von etwa 5 Liter auszugraben und mitzunehmen. Der Weg bis zu diesem Kartoffelfelde wird durch Mitglieder der Bürgerwehr angezeigt werden, welche auf Ruhe und Ordnung zu halten und insbesondere von mir den Befehl erhalten haben, daß niemand ein das Maß von fünf Liter erheblich überschreitendes Quantum mitnehmen darf.

treten und ließ die Bahnhofshalle räumen. Der hierauf berufene Inspektionsoffizier, welcher die Gesellschaft einließ, sich auf das Inspektionszimmer zu begeben, konnte sich nach Rücksprache mit den betreffenden Herren von ihrem diplomatischen Charakter überzeugen und denselben sein Bedauern über den Zwischenfall ausdrücken. Wie wir hören, hat auch das Ministerium der Äußern sich veranlaßt gesehen, den betreffenden fremden Missionäres sein lebhaftes Bedauern über das unterlaufene Mißverständnis auszusprechen.

Kriegsbekanntmachungen.

Zur Beachtung bei Sendungen an deutsche Kriegsgefangene.

Amlich, Berlin, 12. Januar. (W. T. B.) Es erscheint nicht ratsam, deutsche Zeitungen an Kriegsgefangene Deutsche im Ausland zu senden oder sie zum Verpacken in Paketen an solche zu verwenden, weil zu befürchten ist, daß in den feindlichen Staaten die Aushändigung derartiger Sendungen vielfach verzögert, häufig — aus erklärlichen Gründen — wohl auch ganz unterlassen wird.

Politische Uebersicht.

Friedenswünsche.

Nachdem in rechtsstehenden Blättern fortgesetzt Forderungen und Erwartungen für die Zeit nach Beendigung des Krieges mitgeteilt werden, ist es nur erfreulich, daß auch in der liberalen Presse Wünsche und Hoffnungen für die kommende Friedenszeit laut werden. In einem Aufsatz „Die Politik der einfachen Linie“ schreibt dazu die „Vossische Zeitung“:

„Aber das wird man annehmen dürfen, daß manchem alten Rusen im Stille Erwägungen beikommen werden, wie sie am 28. März 1867 der langjährige Leiter der „Kreuzzeitung“ und spätere erste vortragende Rat im Staatsministerium im Norddeutschen Reichstag anstellte. Hermann Wagener wies auf den Wert hin, den jeder in Anspruch nehmen könne, der seine Pflicht gegen den Staat tut. „Und, meine Herren, die Krone aller Pflichten gegen den Staat ist die, sein Leben für den Staat in die Schanze zu schlagen. Ich meinerseits würde es nicht wagen, zu verteidigen, daß einem Krämmer hier in Berlin, weil er einen größeren Geldbeutel besitzt, ein dreifaches oder zehnfaches Wahlrecht zuzusprechen sei vor einem, der von der Schlacht bei Königgrätz mit dem Militär-ehrenzeichen zurückkehrt.“ Das neue Eisenerz ist nicht weniger wert als das alte Ehrenzeichen. Die Zeit wird kommen, wo man sich auch über Fragen wie das Wahlrecht, das nicht in Reich, Staaten, Provinzen, Gemeinden, Körperschaften so verschieden zu sein braucht, daß man eines langen Studiums bedarf, um sich zurechtzufinden, friedlich und freundschaftlich einigen wird — auf die gerade und einfache Linie. Und nicht anders wird es in einschneidenden Angelegenheiten des Zoll- und Steuerwesens, der Kriegsbereitschaft, der Sozialpolitik, desgleichen bei Fragen sein, in die früher konfessionelle Gegensätze hineinfielen.“

Der Drang nach Vereinfachung, der sich allenthalben zeigen wird, kann den Beamtenapparat nicht unberührt lassen. Ist doch der Ruf nach der Verwaltungsreform alles eher als neu und unerfört! Wesst doch noch aus der Kanzlerzeit des Fürsten Bülow die Jannettkommission, die man mit großen Erwartungen begrüßte und mit großer Enttäuschung beobachtete. Ihrer harret nach dem Kriege eine große Aufgabe. Und die Lösung dieser Aufgabe wird nicht hilflos hinausgeschoben werden. Denn so sicher wir rechnen dürfen, endgültig über alle Widersprüche zu siegen, so wenig ist doch ausgemacht oder auch nur wahrscheinlich, daß wir in absehbarer Zeit eine Kriegsentwöhnung erhalten werden, so groß, daß sie uns der Notwendigkeit enthebt, auf Ersparnisse bedacht zu sein und überflüssige Ausgaben zu vermeiden. Da gilt es, die Weisheit und das Verfahren so einfach und wohlfeil zu gestalten, wie es die Zweckmäßigkeit erlaubt oder erheischt. . . . Politischer Kampf muß sein, aber ein Kampf zwischen gleichberechtigten Gegnern unter Achtung jeder ethischen Ueberzeugung, zum Wohle der Gesamtheit. So wird es kommen, das sind wir gewiß. Und die Politik der geraden und einfachen Linie wird sich durchsetzen.“

Die feste Zuversicht „das sind wir gewiß“ ist ja sehr schön. Aber wir vermessen dabei den festen Willen, den der

Zu widerhandlungen werden durch den Ausschluß vom Kartoffelentnahmerecht für drei bis acht Tage bestraft. — Am selben 28. August erschien noch folgende Bekanntmachung:

Der Generaladjutant Sr. Kaiserl. Majestät, General der Kavallerie von Kennenkamp befiehlt, daß alle Frauen gegen Bezahlung die Wäsche der Angehörigen des russischen Heeres waschen müssen.

Tag für Tag kommen Bekanntmachungen und Verfügungen, die ersehen lassen, mit welcher Umsicht und Energie der Gouverneur Dr. Vierfreund für das Schicksal des okkupierten Insterburg zu sorgen sucht, wobei die häufige und verstärkte Wiederholung bereits einmal gegebener Befehle dafür zeugt, daß die Panik in der Stadt erst zu einem Teile überwunden ist. Uebrigens beginnt das Gepein der Hungersnot für Insterburg herauszuweichen. Am 4. September werden tägliche Wochenmärkte befohlen, nachdem am Tage zuvor der ärmeren Bevölkerung der Stadt angeraten worden ist, „bei ihren Einkäufen auch solche Nahrungsmittel zu wählen und sorgfältig aufzubewahren, die unter normalen Verhältnissen erfahrungsgemäß einen wenig geschätzten Wert haben; z. B. Nüsse, Schokolade, alle Arten Konserven, während sie bei der in kurzer Zeit sicher zu erwartenden Hungersnot bei ihrem sehr hohen Nährwert einen wichtigen Ertrag für die gewöhnlichen Nahrungsmittel geben“ würden. Doch schon öffnet sich die Aussicht auf bessere Zeiten. Am 8. September kreuzt zu n. ersten mal ein deutscher Flieger über der Stadt. Er ist der Vorbote der Befreiung; noch am 11. September freilich droht der Stadt die ernsthafteste Gefahr. Die letzte Bekanntmachung des russischen Gouverneurs verkündet:

„Es ist durch die amtliche Untersuchung der Militärbrigade des Kaiserlich Russischen Heeres festgestellt, daß gestern während des Kreuzens von russischen und deutschen Aeroplanen über der Stadt Insterburg aus der Wraschjeschen Fabrik Revolvergeschosse von den Einwohnern Insterburgs abgegeben sind.“

Seine Exzellenz General von Kennenkamp hat mir befohlen, bekanntzugeben, daß im Wiederholungsfall die betreffenden Häuser und Straßen ebenso in Brand gesetzt werden, wie die augenblicklich noch brennende Wraschjesche Fabrik.“

Es war ein Schreckensschuß. Am selben 11. September nachmittags 5 Uhr sprengte die erste deutsche Luftpatrouille wieder auf den Markt von Insterburg, mit unaussprechlichem Jubel von der Bevölkerung begrüßt.

Konservative Abgeordnete Dr. Bremer in seinem Neujahrswunsch an die „Kreuzzeitung“ deutlich und klar ausdrückte:

„Es ist ein alter Erfahrungssatz der Weltgeschichte, daß nach jedem großen Kriege die Kämpfe um die Fragen der inneren Politik mit stärke Kraft einsetzen. Sie sind nicht zu vermeiden, und ohne sie würde das politische Leben auch unendlich verflachen. Sorgen wir belzeiten dafür, daß diese Kampfzeit uns konservativ nicht unvorbereitet antreffe. Auch hier ist Bereitsein alles.“
Auch wir sind der Meinung: Bereit sein ist alles!

8 Monate Gefängnis für den Gesang französischer Lieder.

Das Kriegsgericht in Diederhofen (Lothringen) verurteilte den Vergemann Viktor Vossan aus Großfellingingen zu einer Gefängnisstrafe von acht Monaten, da er durch lautes Singen französischer Lieder eine deutschfeindliche Gesinnung bekundet haben soll. Die hohe Strafe erfolgte, obwohl der Angeklagte selbst einen Sohn und einen Schwiegersohn im deutschen Heere hat.

Kommunale Kriegsteuern.

In Sachsen haben bereits einige Gemeinden eine Kriegsteuer in der Form von Zuschlägen zur Einkommensteuer eingeführt. Neuerdings nahm die Gemeindevertretung der Stadt Pirna eine Ratsvorlage einstimmig an, nach der 14 Pf. von jeder Mark staatlicher Einkommensteuer als Kriegsteuer erhoben werden sollen. Die sechs unteren Steuerklassen sind freigelassen.

Der französische Besitz in Elsaß-Lothringen.

Der „Post“ wird aus Straßburg gemeldet: Die frühere Verbindung Elsaß-Lothringens mit Frankreich hat es mit sich gebracht, daß sich in Elsaß-Lothringen noch viel französischer Besitz befindet, der jetzt behördlicherseits beschlagnahmt werden konnte. Namentlich in Lothringen stellen französische Güter, die jetzt unter Staatsaufsicht gestellt werden, hohe Werte dar. In der Saargemünder Gegend allein sind Werte von über sechs Millionen zu verzeichnen, in der Moseler Gegend und längs der Grenze werden sich wohl noch viel höhere Werte zu diesem Zwecke bei der Veranlagung ergeben.

Das norwegische Parlament.

Kristiania, 12. Januar. (W. T. B.) Das Storting ist heute feierlich eröffnet worden. In der Thronrede wird ausgeführt: Die Beziehungen zu den Mächten sind freundschaftlich. Die Bestrebungen sind darauf ausgegangen, das Land außerhalb des Weltkrieges zu halten und die Gefahren und die Schwierigkeiten abzuwenden, die die Lage für die Sicherheit und die Erwerbszweige des Landes mit sich brachte. Ferner erwähnt die Thronrede die Neutralitätserklärung Norwegens, die Uebereinkunft zwischen Norwegen und Schweden vom 8. August, die Dreikönigszusammenkunft in Rastmo und die dort festgestellte Einigkeit. Das neue Zusammentreten der Spitzbergen-Konferenz sei bis nach dem Kriege verschoben worden.

Dem Storting werden einige Gesetzentwürfe über außerordentliche Maßnahmen zur Stärkung der Land- und Seeverteidigung vorgelegt. Das Gleichgewicht des Budgets könne ohne bedeutende neue Steuererhöhungen nicht aufrecht erhalten werden. Ferner wurden Gesetzentwürfe angefertigt über die Einsetzung einer Kommission zur Behandlung der Frage der Getreideversorgung des Landes und über ein Staatsmonopol für die Einfuhr von Getreide und Mehl.

Die Vereinigten Staaten und Mexiko.

London, 12. Januar. (W. T. B.) Die gestrige „Times“ meldet aus Washington vom 10.: Präsident Wilson hat in einer Rede in Indianapolis erklärt, Amerika könne Mexiko nicht das Recht nehmen, bei Regelung seiner inneren Angelegenheiten so viel Platz zu vergreifen, als ihm zweckmäßig erscheine; die Vereinigten Staaten müßten anderen Staaten in ihren Angelegenheiten ebensoviel Freiheit einräumen, wie sie selbst genössen. Der Korrespondent der „Times“ vergleicht diese Erklärung Wilsons mit seiner Haltung, als noch Huerta am Ruder war, und glaubt, daß die Politik des Präsidenten zu einer erhöhten Auseinandersetzung im Senat führen werde; man frage sich jedoch, ob es sich mit der Verantwortlichkeit der Vereinigten Staaten vertrage, wenn sie einer Jüggellosigkeit im Nachbarlande ruhig zusähen, die an die schlimmsten Zeiten der französischen Revolution erinnere.

Das Reutersche Bureau meldet ferner über Washington aus Mexiko: Präsident Gutierrez hat in der Konvention erklärt, daß die Verhandlungen zwischen den einander bekriegenden Parteien soweit fortgeschritten seien, daß das Problem der Wiederherstellung des inneren Friedens in Mexiko tatsächlich gelöst sei.

Letzte Nachrichten.

Von den Kämpfen in Kleinasien.

Konstantinopel, 12. Januar. (W. T. B.) Zuverlässigen Mitteilungen zufolge beschloß ein türkischer Wachtposten in Schiden, sieben Stunden von Akaba, ein von dem englischen Kreuzer „Minerva“ aufgestiegenes Wasserflugzeug und zwang es durch Zerstörung der beiden Flügel sowie der Schraube zum Niedergehen. Auf dem Flugzeuge wurden eine Karte, auf der die Richtung durch das Babel-el-Araba eingezeichnet war, sowie verschiedene weitere Unterweisungen vorgefunden. Der Beobachter Gerold wurde gefangen genommen, während nach dem Führer des Flugzeuges, welcher gestürzt ist, gesucht wird.

Der englische Kreuzer „Doris“, der seit einiger Zeit in den türkischen Gewässern kreuzt und die Telegraphenleitungen zerstört, landete am 9. d. M. bei Samsat Truppen, die jedoch infolge des kräftigen Widerstandes der Küstenwache wieder an Bord gehen mußten, wobei sie elf Munitionskisten und eine Menge verschiedener Geräte zurückließen. Am Tage darauf nahm der Kreuzer eine zweite Landung an der Küste bei Alexandrette vor und beschloß entgegen dem Völkerrrecht offene Ortschaften mit Geschützen und Maschinengewehren; zwei Frauen, zwei Mädchen und ein Knabe fanden dabei den Tod.

Absturz eines französischen Fliegers.

Paris, 12. Januar. (W. T. B.) Der „Matin“ meldet aus Auxerre, daß bei Jonce ein Militärjeweider abgestürzt ist, wobei der Lenker getötet wurde.

Eisenbahnunglück in Frankreich.

Paris, 12. Januar. (W. T. B.) „Matin“ meldet aus Bourbeau: Infolge eines Erdstresses ereignete sich zwischen Saint Jean und Vajonne ein Eisenbahnunglück, bei dem drei Personen getötet und drei schwer verletzt wurden.

Heute Mittwoch, den 13. Januar: Zahlabend in Groß-Berlin.

Verlustlisten.

Die Verlustliste Nr. 123 der preussischen Armee enthält Verluste folgender Truppen:

Stäbe der 1. Garde-Res.-Div., der 1. Inf.-Div. und der 2. Inf.-Brigade.

1. und 4. Garde-Inf.-Reg.; 1. Garde-Res.-Inf.-Reg.; Garde-Gran.-Regiment Alexander, Franz, Elisabeth; Lehr-Inf.-Reg.; Gren.- bzw. Inf.- bzw. Pfl.-Regimenter Nr. 1, 2, 4, 5, 6, 7, 8, 9, 10, 11, 13, 19, 20, 22, 23, 24, 26, 27, 28, 29, 30, 31, 32, 33, 35, 36, 37, 41, 42, 43, 44, 45, 46, 47, 50, 55, 59, 64, 65, 69, 70, 72, 76, 79, 82, 85, 86, 89, 90, 92, 93, 97, 98, 99, 109, 111, 112, 113, 114, 115, 117, 118, 128, 130, 132, 135, 136, 137, 138, 141, 142, 143, 145, 146, 148, 149, 152, 153, 156, 161, 162, 163, 164, 166, 169, 171, 173, 178; Ersatz-Inf.-Reg. Nr. 28; Res.-Inf.-Regimenter Nr. 1, 2, 3, 5, 9, 10, 11, 15, 20, 21, 23, 24, 25, 29, 31, 32, 38, 39, 48, 51, 64, 65, 66, 67, 71, 77, 80, 83, 86, 88, 90, 95, 109, 116, 118, 202, 204, 209, 210, 219, 220, 221, 224, 226, 227, 234, 236, 237, 238; Res.-Res.-Reg. Nr. 1; Landw.-Inf.-Regimenter Nr. 1, 2, 5, 6, 7, 9, 10, 11, 13, 17, 18, 20, 23, 24, 27, 28, 30, 32, 34, 35, 37, 38, 46, 47, 51, 61, 66, 75, 76, 77, 83, 84, 99, 116; Regiment Gröpp (Bat. v. Bieres) und Schüte (Bat. Gabler); Landst.-Bataillone: II. Wachen, Krieg, III. Stöbings Gruppe, Jauer, Mühlhausen i. Th.; Jäger-Bataillone Nr. 2, 5, 7, 9, 11, 14; Res.-Jäger-Bat. Nr. 15; Festungs-Maschinengew.-Abteilungen 5 Aöln und Aöln 8 B.

2. Garde-Mann; Schwere Res.-Reiter Nr. 2; Res.-Drag. Nr. 2; Grenadier zu Pferde Nr. 3; Res.-Fuf. Nr. 1; Mannen Nr. 1, 6, 8, 9, 12, 13, 15; Jäger zu Pferde Nr. 4; Kav.-Reg. Nr. 1 des 6. Armeekorps; Res.-Kav.-Abt. Nr. 45.

2. Garde-Feldart.-Reg.; Feldart.-Regimenter Nr. 6, 15, 16, 17, 43, 61, 66, 73, 81, 83, 84; Res.-Feldart.-Regimenter Nr. 1, 16, 43, 52.

1. Batt. des General-Gouvernements Brüssel; 1. Landst.-Batt. des 3. Armeekorps.

1. Garde-Fußart.-Reg.; Fußart.-Regimenter Nr. 5, 6, 7, 20; Res.-Fußart.-Regimenter Nr. 6, 9, 13, 15, 16, 18, 20; Landw.-Fußart.-Bat. Nr. 8; Landst.-Bat. Böden; Res.-Fußart.-Batt. Nr. 26; Mörser-Reg. Nr. 6.

Bion.-Regimenter Nr. 19, 23; Bionier-Bataillone: I. Garde, II. Nr. 1, I. und II. Nr. 2, I. Nr. 3, II. Nr. 8, I. Nr. 15; 43., 46. und 52. Res.-Bion.-Komp.

Fußart.-Munitionskolonnen Nr. 6 des 20. Armeekorps. Feldlazarett Nr. 5 des 15. Armeekorps; Res.-Lazarett I. Brandenburg a. S., IV. Hannover, Nürnberg und Ruskau. Magazin-Fuhrpark-Kolonnen der 29. Er.-Brig. Kriegsbeschickungsamt des 3. Armeekorps.

Die Sächsischen Verlustlisten Nr. 91 bringt Verluste des Stabs der 24. Res.-Div.; der Inf.-Regimenter Nr. 101, 102, 104, 105, 106, 107, 108, 133, 139, 177, 178, 181, 182; der Res.-Inf.-Regimenter Nr. 100, 104, 106, 107; Landw.-Inf.-Regimenter Nr. 100, 101, 104, 133; Brig.-Ers.-Bataillone Nr. 48, 68; Ers.-Bat., Res.-Reg. Nr. 102; Ersatz-Bataillone Landw.-Regiment Nr. 100, 104. Die Württembergischen Verlustlisten Nr. 91 bringt Verluste des Res.-Inf.-Reg. Nr. 246; Mannen-Reg. Nr. 20; Feldart.-Reg. Nr. 65; II. Bion.-Bat. Nr. 13.

Unsere Ernährung in der Kriegszeit.

Die Zentralkommission der Krankenkassen veranstaltete am Montag eine Versammlung, die sehr zahlreich besucht war. Professor Dr. Kubner sprach über das Thema: „Wie sollen wir unsere Ernährung in der Kriegszeit regeln?“ Die wesentlichsten Gesichtspunkte des Vortrages sind ungefähr folgende:

Die in Deutschland vorhandenen Lebensmittel reichen hin, um die Ernährung des Volkes bis zur nächsten Ernte zu sichern, vorausgesetzt, daß sparsam damit wirtschaftet wird. Das heißt nicht, jeder soll möglichst wenig essen, sondern es soll keine Verschwendung mit den Nahrungsmitteln getrieben werden. Jedes Nahrungsmittel ist zu achten, man soll nichts davon zugrunde gehen lassen. Schon beim Herrichten der Speisen in der Küche muß darauf geachtet werden, daß möglichst wenig Abfall entsteht. Vieles ist bisher achtlos in den Müllimer geworfen worden, was noch hätte verwendet werden können. Von den fertigen Speisen soll man alles aufessen, keine Reste übrig lassen, die weggeworfen werden. Da in Deutschland jährlich 25 Milliarden Portionen gegessen werden, so ergibt sich, daß die Vermeidung kleiner Reste und Abfälle insgesamt zu ungeheuren Mengen anwächst.

Der Fleischkonsum ist in den großen Städten Deutschlands im Laufe der Zeit so gestiegen, daß er mit dem Fleischkonsum in England auf gleicher Höhe steht. Der Verbrauch der Hotel- und Wirtschaften, wo Fleisch die Hauptrolle spielt, hat sich auch auf den Haushalt der Familie übertragen. Vom Standpunkt des Arztes kann das nicht gebilligt werden. Weniger Fleisch und mehr vegetabilische Kost ist gesünder und bietet auch größere Abwechslung im Speisezettel. Die Milch ist für die Volksernährung viel wichtiger, als das Fleisch. Deshalb muß die Politik des Landes darauf gerichtet sein, nicht den Bestand an Schlachtvieh, sondern den Bestand an Milchkuhen auf der gewohnten Höhe zu erhalten. Was die Milchkuhe für die Volksernährung bedeuten, geht daraus hervor, daß eine Kuh in ihrer Milch jährlich so viel Eiweiß liefert, wie im Fleisch ihres ganzen Körpers vorhanden ist. Der Nährwert der Milch wird aber nur zum kleinsten Teil ausgenutzt, wenn aus ihr lediglich Sahne und Butter gewonnen, die dabei verbleibende Magermilch aber zur Viehfütterung verwandt wird. Die Magermilch ist sehr eiweißreich. Sie sollte deshalb mehr als bisher im Haushalt verwendet werden. Der Nährwert der Sahne und Butter wird allgemein überschätzt. Auch die Eier haben für die Ernährung nicht die Bedeutung, die man ihnen gewöhnlich beilegt. 110 Gramm Milch enthalten ebenso viel Eiweiß wie ein Ei.

Unter den vegetabilischen Nahrungsmitteln nimmt das Getreide, namentlich die daraus hergestellten Brotarten die erste Stelle ein. Die herrschende Gesamtrichtung, welche das kleine Weizenbrot recht weiß haben will, hat dazu geführt, daß bei der Herstellung des Feinmehles ein großer Teil des Kornes für die menschliche Nahrung verloren geht. Durch die jetzt angeordnete ausgiebigere Ausmahlung des Getreides wird der Anteil der verwendeten Nährstoffe desselben erhöht. Gebäck aus gröberem Mehl ist im allgemeinen viel bekömmlicher als das kleine Weizenbrot aus Feinmehl, welches viel-

fach Verdauungsstörungen begünstigt. — Kartoffeln sind reichlich vorhanden, aber es muß auch, damit der Mangel an anderen Nahrungsmitteln ausgeglichen werde, mit den Kartoffeln sparsam umgegangen werden. Man soll darauf achten, daß beim Schälen möglichst wenig verloren geht, noch besser, die Kartoffeln in der Schale kochen. — Der Zucker, den wir in reichem Maße haben, kann auch mehr als bisher zu Nahrungszwecken verwandt werden.

Außer der angegebenen Sparsamkeit im Haushalt ist dringend zu wünschen, daß das unnötige Essen bei allen möglichen Festlichkeiten vermieden wird. Wenn wir uns in dieser Weise einrichten, was ja für den einzelnen gar kein Opfer ist, dann kommen wir mit den vorhandenen Nahrungsmitteln aus.

Schöneberger Kriegsfürsorge.

Die Stadtvorordnetenversammlung Schönebergs wählte am Montag in ihrer ersten Sitzung des neuen Jahres den bisherigen Vorstand wieder. Zu ihm ist Vorsteher der Stadt, Graf v. Ratuschka, Stellvertreter der Stadt, Genosse Kollentz. Den größten Teil der Sitzung beanspruchte die ausgedehnte und erregte Debatte über die Anträge der sozialdemokratischen Fraktion, betreffend die Handhabung der Kriegsfürsorge und die Nahrung und Strickfabrik. Es handelte sich unter anderem um Klagen, daß Gefuchserledigungen ungebührlich verzögert und Hilfsbedürftige ungebührlich behandelt worden seien. In dem Ausschuh, dem vor fünf Wochen die Anträge überwiesen wurden, führten Meinungsverschiedenheiten über das bei der Prüfung der Beschwerden unserer Genossen zu befolgende Verfahren zu heftigen Zusammenstößen. Unsere Genossen traten aus dem Ausschuh aus, und die Liberalen beschlossen dann, die ganze Angelegenheit als erledigt anzusehen. Diesem Beschluß zustimmen, empfahl dem Plenum der über die Ausschuhstimmungen berichtende Stadtv. Vester. Es wäre, führte er aus, ein Mißtrauen gegen die in der Kriegsfürsorge aufopferungsboll arbeitenden Personen gewesen, wenn man nach dem Vorschlag der Antragsteller beliebige Stichproben aus den Unterstützungsakten hätte machen wollen. Ein Material von wenigen Fällen sei dann von ihnen vorgelegt worden, aber die Prüfung habe nichts von Belang ergeben. Verzögerungen seien vorgekommen, doch nicht mehr als nötig war. Auch die Beschwerden über die Damen aus Zimmer 53 des Rathhauses (betreffend Ermahnungen zur Sparsamkeit, kurzfristige Ausgabe von Speise- und Konsumkarten, Entziehung gewisser Vorteile wegen anwürdigem Benehmen) habe man zurückweisen müssen. Beizenten als Zeugen hierüber zu vernehmen, wäre geradezu beleidigend für die Damen gewesen. Man habe da das typische Bild der nie Zufriedenen gehabt. (Zuruf: Damit schmeißt man bald etwas beiseite!) Bedauern müsse man, daß jetzt in dieser Kriegszeit solche Angriffe vor der Öffentlichkeit erhoben worden seien. Genosse Ed. Bernstein begründete das Vorgehen der sozialdemokratischen Fraktion und die im Ausschuh von ihren Vertretern (Bernstein, Küter, Mohs) eingenommene Haltung. In der Kriegsfürsorge habe die Fraktion durch Genossen Mohs eifrig mitgearbeitet. Später sei aber in der Deputation leider das Bestreben hervorgetreten, die Unterstützungen herabzusetzen, und auch über zu langsame Gefuchserledigung habe man Klagen müssen. Erst als keine Aenderung erfolgte, seien die Klagen öffentlich mit jenem Antrag zur Sprache gebracht worden. Dieses Vorgehen habe nicht Agitation bezweckt, sondern auf die Deputation einen Druck ausüben wollen. Im Plenum sei die Erörterung durch Ueberweisung an den Ausschuh abgeschnitten worden. Im Ausschuh habe sich unseren Genossen der Eindruck aufgedrängt, daß nicht die Wahrheit gefunden, sondern der Ankläger ins Unrecht gesetzt werden sollte. Die Befragung von Bittstellern bei der freiwilligen Kriegshilfe in Zimmer 53 sei trotz aller Anerkennung der Tätigkeit der mitarbeitenden Damen nicht zu billigen, wenn man die natürliche Empfindlichkeit der Hilfsuchenden bedenke. Kränkung der Klagen enthalte keine Beleidigung der Angeschuldigten, darum hätte der Ausschuh lieber auf die diesbezüglichen Vorschläge eingehen sollen. Durch Ablehnung habe er unseren Genossen die weitere Mitarbeit in ihm unmöglich gemacht. Bernstein legte einen Antrag vor, die Stadtvorordnetenversammlung solle ihr Bedauern darüber ausdrücken, daß der Ausschuh die auf unparteiische Feststellung der Tatsachen abzielenden Anträge abgelehnt habe. Die Zukunft könne, schloß unser Redner, die Gemeinde noch vor Aufgaben stellen, die nur zu lösen seien, wenn der Geist gegenseitigen Vertrauens herrsche. Zu dem von Bernstein erwähnten neuesten Fall, daß eine aus Ostpreußen mit 5 Kindern hergekommene Frau auf einen Unterstützungsantrag vom 10. November noch am 24. Dezember nicht endgültigen Bescheid hatte, erklärte Stadtvorordneter Wassmannsdorff, ein Beamter habe die Adresse verwechselt, aber die Frau habe Vorkauf erhalten. Genosse Mohs verwarf die dazugehörige, daß er die freiwillige Kriegshilfe „herunterreißen“ wolle. Er wolle Mißstände beseitigen, aber nicht um Personen, nur um das System sei es ihm zu tun. Nicht nur Mietunterstützungen, sondern auch Arbeitslosenunterstützungen seien verzögert worden. Von den Klagen über Zimmer 53 gab er einige Proben. Prüfung solle beleidigend für die Damen sein? Warum sehe man dann nicht eine Beleidigung der sozialdemokratischen Fraktion in diesen Verhandlungen? Die Kritik habe übrigens doch schon genügt. In neuester Zeit sei in der Deputation manches anders und besser geworden. Genosse Küter erinnerte an das in der Kriegsfürsorge gesagene Wort von der Einigkeit aller Parteien und verglich damit das Verhalten der Mehrheitsfraktionen im Ausschuh, das er scharf geißelte. Er schloß: „Handeln Sie sozial!“ Auch Genosse Objs bezweifelte das soziale Empfinden manches der liberalen Herren. Stadtv. Gottschalk sagte über Störung des „Burgfriedens“ und bedauerte, daß man dem Antrag überhaupt einen Ausschuh bewilligt habe. Von besonderem „Entgegenkommen“ sprach auch Stadtv. Jachow. In der weiteren Debatte, die sich bis gegen 10 Uhr hingog, sprachen noch ein paar Magistratsvertreter und wiederholt unsere Genossen Mohs und Küter. Das Schluswort des Stadtv. Vester bedauerte die Öffentlichkeit des Streites. „Versuchen Sie mit uns zu arbeiten!“ mahnte er. Ein Zuruf antwortete: „Versuchen Sie's mit uns!“ Von den Mehrheitsfraktionen wurde unser Antrag, das Verhalten des Ausschusses zu bedauern, abgelehnt, dagegen der Ausschuh-antrag, die Sache sei erledigt, angenommen.

Die Bäckergejellen und das Verbot der Nacharbeit.

Unter ungewöhnlich harter Beteiligung tagte am Dienstag in Obiglios Saal in der Kopenitzstraße, der bis auf den letzten Platz gefüllt war, die vom Bäckerverbande einberufene Versammlung der Bäckergejellen, welche sich mit der die Nacharbeit verbietenden Verordnung beschäftigte. — Als eingeladener Gast war Obermeister Schmidt zur Stelle. Die Versammlung war polizeilich überwacht. Eine Maßnahme, die man der am vorhergegangenen Tage aus demselben Anlaß abgehaltenen Versammlung der Bäckermeister gegenüber nicht für erforderlich gehalten hatte.

Der Referent Henschold betonte, die Bäckergejellen unterstützen alle Bestrebungen, welche notwendig sind, damit die vorhandenen Getreide- und Mehlvorräte ausreichen. Sie tun das schon deshalb, weil mit dem Ende der Vorräte auch ihre Arbeit zu Ende wäre. Opfer, welche im Interesse des ganzen Volkes notwendig sind, nehmen auch die Väter gern auf sich. So gern wir bereit sind, notwendige Opfer auf uns zu nehmen, können wir doch die Notwendigkeit der das Bäckergejelle betreffende Verordnung nicht einsehen. Uns scheint, daß Getreidevorräte nicht nur von der letzten, sondern von der vorletzten Ernte so reichlich vorhanden sind, daß sie auch ohne besondere Einschränkung ausreichen würden. Das hätte sich gewiß gezeigt, wenn der Deklarationszwang oder die Beschlagnahme der Getreidevorräte durchgeführt worden wäre. Vor allem hätte man im Interesse der Sparsamkeit die Verarbeitung von Getreide in Spiritusbrennereien und Brauereien untersagen oder doch auf ein geringes Maß einschränken sollen, denn wenn wirklich ein Mangel an Brotgetreide vorhanden wäre, dann müßte doch die Erzeugung von entbehrlichen Genussmitteln hinter der Herstellung des Brotes, dieses wichtigen Nahrungsmittels, zurückstehen. Auf diese Weise können bedeutende Ersparnisse gemacht werden. Was aber am Brote erspart werden kann, das fällt nicht sehr ins Gewicht. Die Bestimmung, daß dem Roggenbrot 10 Proz. Kartoffelpräparate zugesetzt werden müssen, kann nur durchgeführt werden, wenn dafür gesorgt wird, daß genügend Kartoffelpräparate vorhanden sind. Der Redner besprach die Einzelheiten der Verordnung und wandte sich sehr entschieden gegen die in der Meisterversammlung gemachte Angabe, wonach die Regierung den Meistervereinigungen zugesichert habe, daß am Sonntag 5 Stunden gearbeitet werden darf. Wenn sich die Bäckermeister durch diese Zusagen haben bestimmen lassen, sich mit der Verordnung einverstanden zu erklären, so stehen die Gejellen in dieser Hinsicht auf einem anderen Standpunkt. Sie begründen die Abschaffung der Nacharbeit mit Freuden und halten es für selbstverständlich, daß ihnen, nachdem sie sechs Tage gearbeitet haben, die Sonntagsruhe nicht verfürzt wird. (Lebhafte Beifall.) Der Redner erklärte zum Schluß: Die Verordnung ist da, wir können nicht anders, als uns auf ihre Grundlage stellen. Wir unterstützen die Regierung darin, daß Brotgetreide, besonders Weizen, gespart werden soll. Aber wir sind nicht damit einverstanden, daß unsere Sonntagsruhe verschlechtert werden soll. Gegen alle Bestrebungen, die eine Verschlechterung unserer Arbeitsverhältnisse bezwecken, wenden wir uns mit aller Entschiedenheit. (Lebhafte Beifall.)

Die Redner, welche in der Diskussion sprachen, stimmten im wesentlichen den Ausführungen des Referenten zu. Alle betonten unter starkem Beifall der Versammlung, daß die Sonntagsruhe nicht verschlechtert und daß die Beseitigung der Nacharbeit eine dauernde Einrichtung auch nach dem Kriege bleiben möge. Bäckermeister Fischer von der Freien Vereinigung, der auch in diesem Sinne sprach, forderte, daß Obermeister Schmidt sich zur Haltung der Innungen gegenüber der Frage der Nach- und Sonntagsarbeit äußere. — Obermeister Schmidt erklärte dann, er sei hier als Gast und habe nicht die Absicht, hier zu sprechen oder die Innung in einer bestimmten Frage festzulegen. Die Stellung der Bäckereinnungen zur Verordnung sei durch die Versammlung am Montag zum Ausdruck gekommen.

Nach Schlussworten des Vorsitzenden Schneider und des Referenten Henschold wurde folgende Resolution einstimmig angenommen:

„Die Versammlung nimmt Kenntnis von der neuesten Verordnung des Bundesrats über die Bereitung der Backwaren vom 5. Januar 1915 und erklärt:

Die Bäckergejellen sind gleich allen anderen Arbeiterkategorien die besten Freunde und wärmsten Befürworter einer geordneten und gesicherten Volksernährung. Sie sind zur Verwirklichung dieses Zieles zu jedem geforderten Opfer bereit, wenn die Notwendigkeit dies erheischt.

Die Versammlung hätte von der Regierung erwartet, daß sie für solche in das Wirtschaftleben tief einschneidende Verordnungen unerlässlichere Unterlagen geschaffen hätte, damit in den Kreisen der Bevölkerung auch nicht die leiseste Befürchtung dafür hätte aufkommen können, als ob die Verordnung dazu angetan sei, die Spekulation des Profiteures und der Volksernährungsmittel zu schonen.

Nach Ansicht der Versammlung hätte die Beschlagnahme oder die Unterverfügung des Getreides und der für Brotbereitung geeigneten Früchte den hohen Zweck, das Volk dauernd und gleichmäßig während des Krieges mit Nahrungsmitteln zu versorgen, in einzig wirksamer Weise erreicht. Auf dieser Grundlage kann auch nur die gleichmäßige Verteilung des Getreides an die Mühlen, des Mehles an die Bäcker und des Brotes an die Konsumenten allein wirksam erfolgen.

Kur allein dieser Weg ist nach Ansicht der Versammlung gangbar und zum Ziele führend, während der Kriegsdauer gleichmäßig das Volk mit Brot zu versorgen und damit der Getreideknappheit und der Getreideverschwendung wirksam entgegenzutreten.

Gleichviel. Die Verordnung ist da, und das Gewerbe muß sich mit ihr abfinden. Auch die Bäckergejellen werden ihr Teil zur Durchführung derselben redlich beitragen, wenn sie auch erwartet hätten, daß die Gewehrkräfte, die Schnaps- und Biererzeugung, in gleicher Weise zur Ersparnis menschlicher Nahrung angehalten worden wäre, wodurch Anmengen von Früchten (Roggen, Gerste und Kartoffeln) für die Volksernährung freigehalten worden wären.

In der Verordnung sind große Unklarheiten und fachlich nicht faßlich undurchführbare Bestimmungen enthalten.

Die Arbeitgeber versuchen ihrerseits, die Verordnung noch weiter zum Nachteil der Gesellschaft zu verschärfen. Die Regierung scheint sogar diesen Wünschen Rechnung tragen zu wollen, indem sie den Sonntag gleichfalls als Arbeitstag, wenn auch nur in beschränktem Maße, gelten lassen will. Dies würde die schlimmsten Befürchtungen der Gesellschaft noch übersteigen, weil das die gesetzliche Einführung oder Sanktion der Arbeit-

Mgigen Arbeitswoche bedeuten würde. Hierdurch würden selbst die bestehenden Sonntagsruhegesetze umgehoben, aber außerdem dem Geiste und dem Zweck des Gesetzes direkt entgegengehandelt. Dagegen müßte die Versammlung mit aller Entschiedenheit Protest einlegen.

Ferner wollen die Arbeitgeber versuchen, die Vorarbeiten zur Aufrechterhaltung des Betriebes in der Nachtzeit zu verlegen, was die Verordnung wiederum durchlöchern müßte. Nachtechnisch ist das begrifflich häufig sogar unumgänglich.

Die ausführenden Behörden müssen, um nicht die gesamten Nachteile auf die Vätergesellen abwälzen zu lassen und den Nichtsichtlosen unter den Arbeitgebern noch unverbiente Vorteile zuzugestehen, dafür sorgen, daß:

1. die tägliche Arbeitszeit unter keinen Umständen mehr als 12 Stunden betragen darf,
2. daß nicht mehr als sechs Tage in jeder Woche gearbeitet werden darf und daß dort, wo Sonntags gearbeitet wird, in der Woche ein Ersatztag gewährt wird,
3. daß die bestehenden tariflichen Abmachungen in gleicher Weise als vor dem Kriege aufrechterhalten werden müssen.

Die Versammlung erwartet weiter, daß nun, nachdem sie die Schäden und Nachteile auf sich nehmen müßten, die Regierung alles aufbietet, um die ständige siebenmündige, menschenmordende Nachtarbeit nach dem Kriege nicht wieder einführen zu lassen.

Die Versammlung erteilt die Verbandsleitung, in diesem Sinne alle zum Ziel führenden Mittel und Maßnahmen vorzubereiten, wie sich alle Anwesenden verpflichten, selbst durch doppelten Eifer und Zusammenhalt, durch äußerste Solidarität unwürdige und schädigende Zumutungen der Arbeitgeber abzuwehren und die Kämpfe für jene Kämpfe, die die Vätergesellen mit der übrigen Menschheit auf gleiche Stufe stellen sollen, tatkräftig zu fördern.

Aus Groß-Berlin.

Haushalten mit den Lebensmitteln.

Auf diesen Ton waren die Versammlungen gestimmt, die der Nationale Frauendienst zum Montagabend in den verschiedenen Stadtteilen sowie in einzelnen Vororten einberufen hatte. Es referierten bekannte bürgerliche Sozialpolitiker, Nationalökonominnen und Führerinnen der bürgerlichen Frauenbewegung. „Kriegsdienst im deutschen Haushalt“ bildete in allen Versammlungen das gemeinsame Thema. Die Redner knüpften an die Drohung Englands, uns auszuhungern, an und forderten in eindringlichen Worten die Zuhörer auf, das Ihrige dazu beizutragen, daß dieser Plan vereitelt werde. Wenn jeder in eigenen und soweit wie möglich auch im fremden Haushalt darauf hinwirke, daß mit den Lebensmitteln rationell gewirtschaftet werde, so brauche uns die Drohung Englands nicht zu schrecken. Allerdings müsse diese Aufgabe auch peinlich streng durchgeführt werden, wenn sie ihren Zweck erfüllen solle. Desgleichen wurde darauf hingewiesen, daß es die Sorge aller Kreise und Behörden sein müsse, auch für die weitere Zukunft zu sorgen, für die Viehzucht und Vieherhaltung und auch dafür, daß wir auch im folgenden Jahr wieder Brot und Früchte zu essen haben, indem wir die notwendige Menge Saatfrüchte sicherstellen, damit die Landwirtschaft die Felder bestellen kann. Im Universitätsgebäude sagte der Referent — es war Professor Jastrow — den Zuhörern, die wohl ausnahmslos den oberen Gesellschaftsklassen angehörten, auch ein paar Viehwürdigen. Er wies auf den überaus starken Besuch der Wälder hin, wo Entsetzungen betrieben werden. Wenn weniger und einfacher gegessen würde, könnten diese Reizen unterbleiben. Es ist bemerkenswert, daß diese, soweit das besser situierte Bürgertum in Betracht kommt, nur zu berechtigter Mahnung große Heiterkeit anstößte. Ob die Vorträge ihren Zweck erfüllen, dürfte die kommende Zeit lehren. Für die unteren Schichten waren sie kaum notwendig. Dort hieß es auch vor dem Kriege schon: Haushalten mit den Lebensmitteln!

Eine Besucherin der Versammlung in der Schillerstraße sendet uns folgende Zeilen über den Verlauf dieser Versammlung: „Die am Montag vom Nationalen Frauendienst einberufene Frauenversammlung hatte sich eines heißen Zuspruchs zu erfreuen. Der Herr Referent legte in verständlicher Weise die jetzige Situation dar und schilderte eingehend, wie die Hausfrauen in der jetzigen schweren Zeit wirtschaften sollen. Als der Herr Referent anführte, daß in keinem Haushalte Kriegsbrot fehlen dürfte, meldete sich eine Frau zum Wort und erklärte, auf dem ganzen Gesundbrunnen gäbe es kein Kriegsbrot, sodas sie auf Veranlassung ihres Mannes nach der inneren Stadt fahren müßte, um dort solches zu kaufen. Es meldeten sich verschiedene Frauen aus allen Straßen und gaben Adressen ab, wo Kriegsbrot zu haben ist. Es sprach dann ein Herr Dr. Mertens, der unter härmlicher Zustimmung der anwesenden Arbeiterfrauen in recht drastischer Weise ausführte, eine arme Arbeiterfrau brauche nicht unterrichtet zu werden, wie sie wirtschaften solle und müsse. Das verständete sich von selbst, da eine Arbeiterfrau jeden Groschen erst mehrmals umdrehen müsse, ehe er ausgegeben werde. Eine andere Disfunktionsrednerin brachte ein paar Kochrezepte zur Kenntnis. Die zu empfehlenden Gerichte seien: Haseflocken mit Pflaumen, Haseflocken mit Birnen oder Äpfeln, Kartoffelbrei mit Äpfeln. Diese Rezepte mögen wohl angebracht sein, wo die Frau mit den Kindern allein zu Hause ist. Einem Mann aber, welcher schwer arbeiten muß, kann dieses Essen nicht vorgelegt werden. Erstens wird der Mann davon nicht satt, zweitens hält das Essen nicht vor, sodas der Mann, welcher schwer arbeitet, bis zur Kaffeepause hungern müßte, sodas der Gesundheitszustand darunter leiden würde.“

Die Preissteigerung des Leders und die dadurch bedingte Geschäftslage.

Mit dieser Frage beschäftigte sich am Montag eine Versammlung der Berliner Schuhmacherrinnung. In der sehr regen Diskussion traten sämtliche Redner für eine Erhöhung des bisherigen Tarifs ein. Der Obermeister erklärte, daß eine einseitige Preiserhöhung in Berlin nicht angängig wäre, es müsse vielmehr die Stadtbezüge bezw. die Kundschaft berücksichtigt werden.

Die Versammlung nahm dann zwei Resolutionen an. Die erste ist an das Publikum gerichtet und lautet:

„Die Schuhmacherrinnung zu Berlin beschließt: Der von der Schuhmacherrinnung aufgestellte Mindesttarif vom April 1912 kann infolge der enormen Preissteigerung des Leders, die teilweise 200 bis 300 Proz. beträgt, nicht mehr aufrecht erhalten werden. Die Schuhmacherrinnung sieht sich daher gezwungen, bekanntzugeben, daß die Preise für alle Schuhmacherarbeiten, und zwar sowohl bei Reparaturarbeiten, erhöht werden müssen, da dem Schuhmacher das Material höher zu stehen kommt.“

An das Reichsamt des Innern soll folgende Eingabe gerichtet werden: „Da bislang keine Maßnahmen getroffen worden sind, die geeignet sind, der unfrühen Preiserhöhung in Leder zu steuern, beschließt die Schuhmacherrinnung zu Berlin in ihrer Sitzung am 11. Januar, dem Reichsamt des Innern die Bitte zu unterbreiten, dem Ersuchen des Verbandes der deutschen Schuh- und Schäftefabrikanten vom 2. Dezember Folge zu geben und eine Konferenz

einzuuberufen zur Regelung der Lederversorgung für den Bedarf der Zivilbevölkerung.“

Tausende von Existenzen im Schuhmachergewerbe leiden ebenso wie die Konsumenten unter der Verteuerung des Leders zugunsten einer kleinen Zahl von Leuten, die sich nicht scheuen, diese ernste Zeit auszunutzen, sich zu bereichern. Die Schuhmacherrinnung zu Berlin und der Vorstand des Verbandes Bund deutscher Schuhmacherrinnungen werden gern erbötig sein, Sachverständige für eine solche Konferenz zu benennen.“

Kartoffelverkauf der Stadt Berlin.

Der Verkauf der Kartoffeln, die der Magistrat seinerzeit in großen Mengen aufgekauft hat, setzte gestern früh flott ein und hat sich in den einzelnen Verkaufshallen glatt abgewickelt. Mehrfach war das für eine Markthalle bestimmte Quantum nicht voll für den Vormittag geliefert worden. So hatte die Zentralmarkthalle statt 200 Zentner einstmals nur die Hälfte erhalten, die dann gegen Mittag verkauft war. Hier ist ein Stadtbahnhof als Verkaufshalle eingerichtet. An sechs Tafeln besorgen Frauen den Verkauf, während ein städtischer Beamter die Aufsicht führt. Die Kartoffeln wurden meistens zu je zehn Pfund für 35 Pf. verlangt. Fünf Pfund wurden letzterer gefordert. Daneben fand die Ware auch vielfach zentnerweise Absatz. In den anderen Markthallen fanden die Kartoffeln ebenfalls rasche Abnahme.

Die Kartoffelhändler sahen sich vielfach veranlaßt, mit ihren Preisen herunterzugehen, um der Stadt Konkurrenz zu machen.

Dauerwaren.

Zu dem der Presse übermittelten Rat an die Bevölkerung, jetzt schon einen Vorrat an Speck und Dauerware einzukaufen, hat der Metzger der Fleischerrinnung Herr Burg, sich nicht zustimmend äußern können. Ein solches Verfahren wäre, wie Herr Burg ausführt, ebenso verkehrt, wie es beim Kriegsbeginn die unverständigen Wassereinkäufer an Mehl und Hülsenfrüchten waren. Die kleineren Berliner Wohnungen seien gar nicht darauf eingerichtet, in ihnen solche Dauerware aufzubewahren. Bei so ungeeigneter Aufbewahrung müsse die beste Dauerware unrettbar verderben. Die Befolgung des erwähnten Ratsschlages könnte also zur Vernichtung und Vergeudung wertvoller Nahrungsmittel führen, ganz abgesehen von den großen Preissteigerungen, die die natürliche Folge der Wassereinkäufe sein würden. Tatsächlich würde auch die Anlegung eines Vorrates an Speck und anderen Waren bei den Fleischern vorläufig geräumt.

Bevölkerungszunahme in Berlin.

Auf den Rückgang der Bevölkerungszahl Berlins, der infolge des Kriegsausbruches und der Heereinstellung sich im August und auch nach im September und im Oktober zeigte, ist im November wieder eine Zunahme erfolgt. Das vom Berliner Statistischen Amt jetzt veröffentlichte Ergebnis der Fortschreibung der Bevölkerungszahl bis Anfang Dezember 1914 ist 910 907 männliche, 1 079 249 weibliche, zusammen 1 990 156 Personen, gegenüber 1 979 933 Personen für Anfang November. Somit hätte der November einen Zuwachs von 10 223 gebracht, nachdem August, September, Oktober mit Rückgängen um 42 722, 17 201, 18 446, zusammen 78 369, abgeschlossen hatten. Freilich weist das Statistische Amt erneut auf die vielen bei der Heereinstellung unterbleibenden Anmeldungen hin und nimmt an, daß wegen dieser Fehlerquelle die berechnete Bevölkerungszahl, wie sie oben angegeben ist, über die tatsächliche um Zehntausende hinausgeht. Von dem auf 10 223 Personen berechneten Zuwachs des November 1914 entfallen auf das männliche Geschlecht 1984, auf das weibliche aber 8239, und es lieferte der Geburtenüberschuss beim männlichen Geschlecht 811, beim weiblichen 203, der Ueberichus aus Zuzügen beim männlichen Geschlecht 1878, beim weiblichen aber 7974. Der November brachte auch in 1913 einen beträchtlichen Bevölkerungszuwachs und übertraf darin weit alle anderen Monate des Jahres, aber damals stellte sich für November die Zunahme doch nur auf 8167 Personen, und zwar 2736 männliche und 5431 weibliche, wovon der Zuzugüberschuss 5348 Personen, und zwar 2832 männliche und 3016 weibliche lieferte. Im November 1914 fällt bei den Frauen der sehr viel stärkere Ueberichus aus Zuzügen auf, dem die diesmal so bedeutende Mehrung der weiblichen Bevölkerung zu danken ist.

Schriftsteller Sebaldt im Irrenhause.

Unter Bezugnahme auf § 11 des Verfallgesetzes ersucht und der Landrat des Kreises Teltow zu der in der Zeitschrift „Vortwärts“ vom 9. Januar enthaltenen Mitteilung mit der Ueberschrift „Schriftsteller Sebaldt im Irrenhause“ um Aufnahme folgender Bezeichnung:

Es ist nicht zutreffend, daß Landrat v. Achenbach Strafantrag wegen Verleumdung gestellt hat. Richtig ist vielmehr, daß gegen Sebaldt ein Verfahren wegen verurteilter Erpressung gegenüber dem Landrat v. Achenbach schwebt.

Zur Verfolgung dieses Deliktes bedarf es eines Strafantrags nicht!

v. Achenbach.

Gemischte Klassen haben sich in den Gemeindeschulen Berlins immer noch erhalten. Als gemischt bezeichnet man diejenigen Klassen, in denen Knaben und Mädchen gemeinschaftlich unterrichtet werden. Wöhlen wollen wir von dem besonderen Unterricht in Vorlesungen, in Hülfschulen und Nebenklassen, in Klassen für Schwerverdörige. Für alle diese Klassen, jetzt im ganzen 219, ist Mischung von Knaben und Mädchen durchgeführt worden, weil sonst die Klassenbesetzung zu gering bliebe. Aber auch mehrere normale Gemeindeschulen haben noch Klassen, in denen Knaben und Mädchen beieinander sitzen. Auch hier erklärt sich die Mischregel der Geschlechtermischung daraus, daß bei Geschlechtertrennung manche Klassen „nicht voll genug“ würden. Wir finden diesen Notbehelf (nur als solchen hat in Berlin die Gemeindeschulverwaltung die Geschlechtermischung beibehalten) besonders häufig in katholischen Gemeindeschulen. In dem laufenden Winterhalbjahr zählen wir unter den 2089 Klassen der 810 normalen Gemeindeschulen 121 gemischte Klassen. Sie verteilen sich auf 29 Schulen, wovon 18 katholisch sind. In den meisten dieser Schulen sind nur einzelne Klassen gemischt, vornehmlich die untersten. Für einige Schulen aber hat man die Mischung in beinahe allen Klassen durchzuführen müssen. Ein paar Schulen haben Geschlechtermischung bis in die obersten Klassen hinaus. Sie zeichnen sich durch die Klasse in der 130. Schule (Niederkirchstraße), bis zur ersten Klasse in der katholischen 18. Schule (Möhrenstraße) und in der katholischen 88. Schule (Frankfurter Allee), bis zur Oberklasse in der katholischen 98. Schule (Gartenstraße) und in der katholischen 164. Schule (Derfflingerstraße). An den 121 gemischten Klassen normaler Gemeindeschulen sind beteiligt 34 siebenmündige Klassen, 28 sechste, 17 fünfte, 15 vierte, 13 dritte, 9 zweite, 8 erste, 2 Oberklassen. Für den Unterricht entstehen in den obersten Klassen gewisse Schwierigkeiten, weil hier die Lehrpläne für Mädchen mit denen für Knaben nicht mehr ganz übereinstimmen. In der Erziehung wird der gemeinschaftliche Unterricht weder den Knaben noch den Mädchen Nachteil bringen.

227 500 Mark in Gold sind nach dem „Teltower Kreisblatt“ bei der Sparkasse des Kreises Teltow in den Tagen vom 4. bis

9. Januar eingezahlt worden. Das ist der höchste Goldzufluß im Laufe einer Woche, der bei der Teltower Kreisparasse seither erreicht wurde.

Der Arbeiter-Notiz-Kalender im Felde.

Vom Wahlverein Charlottenburg ist vor einiger Zeit dem Funktionären, die im Felde stehen, der Arbeiter-Notiz-Kalender als Liebesgabe überhandt worden und wie aus den Antworten, von denen einige hier folgen mögen, hervorgeht, war der Dank ein sehr glücklicher.

„Erhalte solchen den Arbeiter-Kalender, von allen Liebesgaben mit die beste!“

„Der Arbeiter-Notiz-Kalender macht mir große Freude.“

„Der Kalender ist schön zusammengefasst und für mich hier sehr wertvoll.“

Da der Inhalt des Arbeiter-Notiz-Kalenders auch wirklich so vussagehalt ist, daß er unseren Truppen im Felde gute Dienste leistet, sollten alle Genossen, die ihren Arbeitsbrüdern Liebesgaben ins Feld senden, den Arbeiter-Notiz-Kalender nicht vergessen.

Auch alle, die einen Angehörigen im Felde haben, denen es möglich ist, die kleine Geldausgabe zu erwirken, werden durch die Ueberlieferung des so beliebten Taschenbuches viel Freude hervorruhen. Der Arbeiter-Notiz-Kalender kann für 50 Pf. durch alle Zeitungsträger und Expeditionen bezogen werden. Gegen Einsendung des Betrages und Angabe der Adresse übernimmt auch die Buchhandlung Vorwärts, Lindenstr. 3, gern selbst den Versand.

In der Straßenbahn gestohlen ist am Montagabend ein Herr August Siefmann, der einen Wagen der Linie 68 benutzte. An der Ecke der Frankfurter Allee und der Prosauer Straße wurde er plötzlich von einer Ohnmacht befallen und starb nach wenigen Minuten. Auf der nächsten Unfallstation wurde festgestellt, daß S. einem Herzschlage erlegen war.

Streifenunfälle. Beim Abspringen von einem fahrenden Straßenbahnwagen ist am Montag Frau Elisabeth Schwesler schwer verunglückt. Frau Schw. hatte am Nachmittag einen Straßenbahnwagen der Linie E benutzt und verließ an der Ecke der Haupt- und Eisenacher Straße den Hinterrad während der Fahrt. Sie kam zu Fall und schlug mit dem Kopf so heftig auf das Straßenpflaster auf, daß sie eine Gehirnerschütterung erlitt. Die Verunglückte fand im Schöneberger städtischen Krankenhaus Aufnahme.

Ein Unfall, bei welchem der frühere deutsche Generalkonsul in Japan Dr. Arin schwer verletzt wurde, ereignete sich am gestrigen Dienstagmorgen am Potsdamer Platz. Der etwa 60jährige Herr wollte den Radweg des Potsdamer Platzes überschreiten, um zum Potsdamer Bahnhof zu gelangen. Er wurde dabei von dem Verden eines herannahenden Arbeitswagens zu Boden geschoben. Dr. A. blieb bewußtlos liegen und wurde von einem Schuttmann nach der in der Eichhornstraße gelegenen Unfallstation gebracht, wo der Arzt einen schweren Schädelbruch konstatierte. Von dort wurde Generalkonsul A. nach einer Privatklinik in der Königsgräber Straße übergeführt.

Ein weiterer Unfall ereignete sich am Dienstagvormittag in Charlottenburg am Wilhelmplatz. Hier wollte ein Fräulein Gutsch den Hinterrad eines Straßenbahnwagens der Linie F während der Fahrt besteigen, kam dabei zu Fall und erlitt eine Gehirnerschütterung. Die Verletzte wurde nach dem Urban-Krankenhaus geschafft.

Ein wertvolles Gespann wurde Montagmorgen von Fuhrwerksbesitzer vom Grundstück Walterstr. 18 zu Reußküll von der Straße weggestohlen. Es handelt sich um eine Schimmelstute und einen braunen Wallach, zwei teure Tiere, die vor einem Planwagen gespannt waren. Dieser trägt den Namen des Besitzers: C. Weiger, Regis.

Volkskonzert des Philharmonischen Orchesters. Das nächste Konzert des Orchesters findet am 22. Januar, abends 8 Uhr, in den Konfordia-Festhällen, Andreasstr. 64, statt. Billets zum Preise von 30 Pf. sind hierzu bei der Gewerkschaftskommission, Engelauer 15 I, Zimmer 18, zu haben, ebenso im Zigarrenladen bei Horst, Engelauer 15. Der Verkauf in der Gewerkschaftskommission findet vormittags von 9—12 Uhr und nachmittags von 4—7 Uhr, außer Sonnabendnachmittags, statt.

Erstochen hat sich im Jagd 135 der Potsdamer Forst der Kaufmann Hugo Arch aus der Sedanstraße zu Berlin.

Verloren. Sonnabend, den 2. Januar, ging auf dem Bahnhof Alexanderplatz ein Portemonnaie mit annähernd 60 M. und Legitimationen verloren. Da es sich um das monatliche Koffgeld und die Wohnungsmiete einer alleinstehenden Frau handelt, so wird der Finder ersucht, dasselbe abzugeben bei Roscher, Simon-Dachstraße 18.

Uentag, den 5. d. Mts., ist einer Kriegerfrau auf dem Wege von der Köpenicker Straße nach Dolziger Straße ein Valet unversittiger Teile von Tuchtaschen verloren gegangen. Die Frau muß den Verlust von circa 40 Mark erliegen, schon am letzten Sonnabend ist ihr der ganze Wochenverdienst einbehalten worden.

Nachrichten über den Verbleib der Teile sind an Frau Hollett, Berlin O, Dolziger Str. 20, parti, zu richten.

Aus der Partei.

Sozialdemokratische Bürgermeister.

Die bayerische Regierung hat die in der Pfalz gewählten sozialdemokratischen Bürgermeister und Adjunkten (zweite Bürgermeister) bestätigt. Für die Bestätigung kommen in Betracht: Als Bürgermeister Genosse Horlacher in Rheingönheim und Genosse Reu in Landrecht. Als erste Adjunkten die Genossen Binder-Ludwigshafen, Hoffmann-Kaibitzlautern, Ulrich-Rheingönheim, Heinrich Blumholtz-Oppau und Sturm-Neuhofen. Als zweite Adjunkten die Genossen Weiland-Frankenthal, Graf-Speyer, Schick-Landsheim-Magdorf, Siegm. Weiß-Grünstadt, R. Ehringer-Rutterstadt und Konr. Kraus-Einstein-Jagelbach.

Internationales Jahrbuch für Politik und Arbeiterbewegung.

Die Buchhandlung Vorwärts bittet uns, mitzuteilen, daß die Hefte 3 und 4 des Jahrgangs 1914 vom Internationalen Jahrbuch zusammen als Sonderheft, betitelt „Der Weltkrieg“, erscheinen. Den Abonnenten geht das Heft im Rahmen des Abonnements zu. Einzelbesteller können es zum Preise von 5 M. erhalten. Bestellungen nehmen jetzt schon alle Buchhandlungen entgegen.

Gewerkschaftliches.

Der Krieg und die Gewerkschaften.

Die letzte Nummer des „Correspondenzblatt“ der Generalkommission bringt abermals eine zusammenfassende Arbeit über die Einwirkungen des Kriegszustandes auf die Gewerkschaften. Leider kann jede solche Zusammenstellung nur lückenhaft sein, weil die Statistik der Arbeiterorganisationen unter dem Druck der Kriegesfolgen vielfach nicht in der wünschenswerten Weise durchgeführt werden konnte.

Von den sieben über 100 000 Mitglieder zählenden Organisationen sind es nur die Verbände der Metallarbeiter, Fabrikarbeiter und Holzarbeiter, die seit Anfang des Krieges allmähentlich Erhebungen veranstaltet und deren Ergebnisse im Verbandsorgan veröffentlicht haben. Beim Metallarbeiterverband erstreckt sich die erste Erhebung auf zwei Wochen.

Nach diesen Berichten betrug die Zahl der eingezogenen Krieger im:

Table with columns: am, Metallarbeiterverband, Fabrikarbeiterverband, Holzarbeiterverband. Rows show data from August 8 to October 31.

Trotzdem bei diesen Statistiken nicht alle Verwaltungsstellen berichtet haben, so hat man doch ein übersichtliches Bild von der stetig steigenden Vermehrung der eingezogenen Krieger in den ersten 13 Kriegswochen.

Metallarbeiterverband . . . von 21,8 Proz. auf 33,1 Proz.
Fabrikarbeiterverband . . . 21,0 28,8
Holzarbeiterverband . . . 21,0 27,4

Hiernach stellt auch verhältnismäßig, und zwar schon seit Ausbruch des Krieges der Metallarbeiterverband die meisten Krieger. Erst in weiterem Abstand folgen, wie die Tabelle zeigt, die beiden anderen Organisationen.

Daß durch die fortgesetzten Einberufungen zum Heeresdienst momentan die Mitgliederzahlen zurückgegangen sind und auch vorläufig noch weiter zurückgehen werden, braucht wohl nicht erst besonders hervorgehoben zu werden.

Der folgenden Tabelle sind die Ergebnisse der Feststellungen über die Arbeitslosigkeit der Verbandsmitglieder zu entnehmen. Danach betrug die Zahl der Arbeitslosen im:

Table with columns: am, Metallarbeiterverband, Fabrikarbeiterverband, Holzarbeiterverband. Sub-columns: überhaupt, in Proz. Rows show data from August 8 to October 31.

Diese Aufstellung veranschaulicht so recht deutlich die tief-einschneidende Wirkung des Krieges. Prozentual am meisten haben nach diesen Berichten die Mitglieder des Holzarbeiterverbandes mit Arbeitslosigkeit zu kämpfen.

Ueber die Ausgaben an Arbeitslosenunterstützung hat nur der Metallarbeiterverband fortlaufend berichtet. Nach diesen Feststellungen wurde die höchste Summe in der Woche vom 30. August bis 5. September in der Höhe von 483 808 M. ausbezahlt.

Bei dem gegenwärtigen Kriege hat es sich wieder einmal gezeigt, was für großen Wert gefüllte Gewerkschaftskassen haben. Die Gewerkschaften waren dadurch in der Lage, die statutarischen Sätze an die Arbeitslosen weiterzuzahlen.

Berlin und Umgegend.

Die Angestellten der Privattelephon-Gesellschaft führen Klage über ihre Entlohnung. Die Firma zahlt ihren Angestellten immer noch 10 bis 15 Prozent vom Gehalt als „wegen der Kriegslage“.

In Anbetracht der schweren Zeiten bitten wir den Betrag pünktlich einzufenden.

Die Kundschaft, zu der auch fast sämtliche Gewerkschafts- und Arbeiterorganisationen gehören, wird hier also um eine Kulanz gebeten, welche die Firma ihren Angestellten gegenüber selber vermessen läßt.

auch jetzt noch festhalten läßt, und daß es nur dieses kleinen Anstoches bedarf, um eine Besserung herbeizuführen.

Deutsches Reich.

Krieg und Gewerkschaftspresse.

Die Gewerkschaftspresse hat in Umfang und Art des Erscheinens natürlich vielfach dem Kriegszustand Rechnung tragen müssen. Meist war eine Verriegerung des Umfangs die notwendige Folge.

Es ist selbstverständlich, daß unsere Zeitung den durch den Ausbruch des Weltkrieges veränderten Verhältnissen Rechnung trug. Sie wurde die Stimme, die unsere zu den Fahnen gerufenen und dabei bleibenden Kollegen über alle die Arbeiterkassensinteressen der Maßnahmen rechtlicher, sozialer und wirtschaftlicher Natur, die der Krieg hervorbrachte, unterrichtete.

Mag es nun der Ernst und die Schwere der Zeit sein, es steht fest, daß das Interesse für unser Fachorgan gerade jetzt unter allen Kollegen gestiegen ist. Besonders sind aber unsere im Felde stehenden Kollegen jetzt die eifrigsten Leser der Fachzeitung.

Neben den im Felde stehenden Kollegen ist die Zeitung für die Militärlisten von besonderer Bedeutung, in deren Ränge das Kriegsdrama sich abspielt oder die den Krieg am nachdrücklichsten zu spüren bekommen. In der Hauptsache trifft dies für die Militärlisten in Ost- und Westpreußen zu.

Es wäre eine schlecht angebrachte Sparmaßnahme, wollten wir das Fachorgan in noch geringererem Umfange und in noch größeren Zeitabständen erscheinen lassen als bisher.

Soziales.

Ausnutzung Jugendlicher.

Einen Fall von starker Ausnutzung Jugendlicher enthielt gestern eine Verhandlung vor der Kammer 6 des Gewerbegerichts.

Klägerin war eine 17jährige Schneiderin, Beklagte der Veranhalter von Kinnaufnahmen, Sachs. Die Klägerin mußte zunächst eine zweimonatige Lehrzeit absolvieren. Dafür hätte sie an den Beklagten 20 M. zu entrichten gehabt.

Erst nach sehr ernstlichen Vorhaltungen durch den Vorsitzenden erkannte der Beklagte seine Verpflichtung zur Zahlung zunächst für einen fälligen Monat an. Soffentlich braucht nun die Klägerin nicht wegen weiteren Monats abermals zum Gericht zu laufen.

Berichtszeitung.

Die Polizei gegen Lärm in Kurorten.

Das Oberverwaltungsgericht bestätigte jetzt die Zulässigkeit polizeilichen Eingriffs gegen den die Nachtruhe oder die Gesundheit der Besucher gefährdenden Lärm.

Der Hotelbesitzer Moses im Ockerbade Kolberg ließ die Knochen, aus denen die Frühstücksbrotchen für seine Gäste bereitet werden, des Morgens zwischen 3 1/2 und 6 Uhr geschlagen.

Das Oberverwaltungsgericht bestätigte jetzt dies Urteil nach einer Beweiserhebung, die sich auch auf die Vernehmung des Kreisarztes erstreckte. Begründend wurde unter anderem ausgeführt: In der heutigen Zeit seien nervöse Zustände derart verbreitet, daß es sich bei solchen um keine Ausnahmen mehr handelt.

Grenzen der Wahrnehmung berechtigter Interessen.

Ueber eine prinzipielle Frage, welche für Aerzte und Inhaber von Heilanstalten usw. von größter Bedeutung ist, drehte es sich in einer Verhandlung, welche die 5. Strafkammer des Landgerichts II unter Vorsitz des Geh. Justizrats v. dem Hagen als Berufsungsrichter beschäftigte.

Als Klägerin kam die Krankenpflegerin Eva Steich, die extra aus einem Stoppenslageret in Lütkich zu diesem Termin gekommen war, dem praktischen Arzt und Inhaber einer Privatklinik Dr. Alfred Schönkötter gegenüber.

rod herumgelaufen sein und sich außerdem in einer Weise benommen haben, die ihrem Vornamen „Eva“ alle Ehre machte. Die Klägerin, die diese Behauptungen auf das entschiedenste bestritt, wurde seitens des Beklagten mit Worten, wie „gemeines Frauentum“, „verworfenes Geschöpf“ beleidigt.

Das Schöffengericht billigte zwar dem Angeklagten an sich den Schutz des § 193 St.G.B. zu, verurteilte ihn aber doch zu 75 M. Geldstrafe, da die gebrauchten Worte groß beleidigend seien und die Absicht der Beleidigung klar erkennen lassen.

Aus Industrie und Handel.

Kriegswirkungen in Rußland.

Der Moskauer Fabrikantenverein hat eine Statistik über die Zahlungseinstellung von Handelshäusern aufgestellt. — Im November haben im Moskauer Rajon 248 Firmen Konkurs gemacht.

Die Einnahmen des Panamakanals.

Die Einnahmen des Panamakanals beliefen sich am 1. Dezember 1914 auf eine Million Dollar. Der Durchgangszoll ist dem Mai 1914 erhoben worden. Bis Anfang August belief sich die eingegangene Summe nur auf circa 50 000 Mark.

Jugendbewegung.

Arbeiter-Jugend.

Die soeben erschienene Nr. 2 des siebenten Jahrgangs hat u. a. folgenden Inhalt: Eine zeitgenössische Mahnung. Von Gustav Koch. — Der Freiheitsdichter Platen. Von Franz Dieberich. (Schluß.) — Krieg und Völkervertrag. Von G. Eichhorn. — Im Lazarett der Gefangenen. — Aus der Jugendbewegung.

Kleine Nachrichten.

Fräulein Hausbesitzer.

Ein recht wenig der jetzigen Zeit angepaßtes Verhalten legt ein Fräulein Sperl, Hausbesitzerin in Brandenburg a. S., an den Tag. Wie unser dortiges Parteiblatt mitteilt, mußte es sich schon früher einmal mit der Dame befassen, weil sie der Frau eines Kriegsteilnehmers die Räumung der Wohnung ausgegeben hatte.

Da mit dem Tode ihres Mannes das Mietverhältnis gelöst, und im mündlichen Vertrage monatlich pränumerando Mietzahlung ausgemacht und eine Kündigungsfrist nicht vereinbart, so tritt die gesetzliche 14tägige Kündigung in Kraft.

Zur besseren Beurteilung des Verhaltens der Hausfrau wollen wir noch hinzufügen, daß Frau S. vier Kinder im Alter von 9, 6, 3 und 1/2 Jahren zu versorgen und von der ihr zustehenden Kriegszuwendung noch Teile der Miete an die Sp. entrichtet hat, so daß ein nur verhältnismäßig kleiner Rückstand verblieben ist.

Lebendig verbrannt.

Ein säkretisches Unglück ereignete sich in Kengersdorf i. Schl. Der mit der 84 Jahre alten Witwe Raths in einem Hause wohnende Schuhmacher Vergmann wurde durch qualvolles Jammern in der Wohnung der Witwe veranlaßt, in die Befahrung der alten Frau einzudringen.

Großfeuer in Rottbus.

In den Fabrikanlagen der Wollspinnerin Wilhelm Müller in Rottbus kam, vermutlich durch Unvorsichtigkeit, ein Brand aus,

ber sich sehr reich über die ganzen Fabrikgebäude ausbreitete. Infolge der Zerstörung der maschinellen Anlagen werden auf Wochen hinaus über 200 Arbeiter brotlos. Der angerichtete Schaden dürfte 300 000 Mark übersteigen.

Parteiveranstaltungen.

Erster Wahlkreis. Der Jahlabend findet heute im Restaurant Stein, Etzlaubstraße 3 statt. Vortrag der Genossin Käthe Dunder: „Heber Kindererziehung“.

Zweiter Wahlkreis (Friedrichstadt). III. Abteilung. Jahlabend: Mittwoch, den 13. Januar, bei Rathmann, Wilhelmstr. 118. Vortrag des Genossen Kurt Baake: „Unsere Volksbühne“.

Jahlnacht: Bis auf weiteres im Restaurant Krüger, Fernalemer Straße 62.

Jahlmorgen: Donnerstag, den 14. Januar, bei Krüger, Fernalemer Straße 62. Vortrag: „Jetzt und später“. Referent Genosse Gust. Grohmann.

Zu allen diesen Versammlungen rechnet auf die Anwesenheit sämtlicher Mitglieder.

Steglin. Heute finden nur Abteilungsversammlungen statt. In allen Abteilungen Vortrage.

Bieddorf. Heute Jahlabend bei Hirt, Marxhauer Straße 4. Vortrag des Genossen Kiesebach-Karlshorst über „Krieg und Kunst“.

Kantendorf. Der Jahlabend findet heute pünktlich 8 1/2 Uhr im Restaurant Bodey (am Bahnhof) statt.

Röntgenal, Zeyernid. Buch. Am Donnerstag, den 14. Januar, abends 8 1/2 Uhr, im Lokal von August Lange, Röntgenal, Siemensstr. 10; Jahlabend. — Für Buch findet der Jahlabend am Sonnabend, den 16. Januar, im Buch der Hietzstraße, Bahnhofstr. 6 statt.

Rüdersdorf. Der Jahlabend findet am 16. Januar bei Franz Schulte, Kurfürstentor 1 statt.

Zeuthen-Miersdorf. Der Jahlabend findet diesmal in Zeuthen, bei Oldenburg statt.

Reichenhagen (Ußhahn). Der Jahlabend findet heute abend 8 1/2 Uhr im Lokal des Herrn Häfcher, Doltstr. 12 statt. Die Frauen der Kriegsteilnehmer sind besonders eingeladen.

Eingegangene Druckschriften.

Die Tarifverträge im Deutschen Reich am Ende des Jahres 1913. (10. Sonderheft zum Reichsarbeitsblatt.) 170 M. U. Heymann, Berlin W. 8.

Die siebente Großmacht. Roman von H. Schönlauer. 4 M. Desterfeld u. Co., Berlin W. 15.

Der Kampf. 8. Jahrgang. Heft 1. Sozialdemokratische Monatschrift. Desterfeld. Jahrbuch 6 Kr. Verlag G. Emmerling, Wien 5. 1.—

Briefe über Sozialdemokratie und Plattdeutsch von Klaus Groß. Leicht geb. 50 Pf. A. Naujan, Hamburg.

Beamten Jahrbuch. Kriegszahl 1. Herausgegeben von Dr. G. Potthoff. Jahrgang I. Heft 1/4. Vierteljahrschrift. Jahrb. 5 M. — **Arbeiterrecht.** Jahrbuch für das gesamte Dienstrecht der Arbeiter, Angestellten und Beamten. Jahrgang I. Heft 1/4. Vierteljahrschrift. Herausgegeben von Dr. Potthoff u. Dr. G. Einheimer. Einzelh. 3 M. Verlag A. Dek. Stuttgart.

Heilig Vaterland. Kriegsgebichte von R. U. Schröder. 30 Pf. Insel-Verlag, Leipzig.

Ernährung in der Kriegszeit. Ein Ratgeber von Prof. Dr. P. Elybayer u. a. 15 Pf. J. Vieweg u. Sohn, Braunschweig.

Briefkasten der Redaktion.

Die juristische Sprechstunde findet für Abonnenten Lindenstr. 3, IV. Hof rechts, parterre, am Montag bis Freitag von 4 bis 7 Uhr, am Sonnabend von 5 bis 6 Uhr statt. Jeder für den Briefkasten bestimmten Antrags ist ein Vordruck und eine Zahl als Merkzeichen beizufügen. Besondere Antworten wird nicht erteilt. Anfragen, denen keine Abonnementsanmeldung beigefügt ist, werden nicht beantwortet. Eilige Fragen trage man in der Sprechstunde vor. Beiträge, Zeitschriften und dergleichen bringe man in die Sprechstunde mit.

M. W. 47. Die näheren Einzelheiten erfahren Sie bei jedem Postamt. — **H. G. 76.** Ja. — **C. G. 10.** Die fehlenden Listen können Sie bei jedem Postamt bestellen. — **G. G. 200.** Mit dieser Listenliste haben wir uns noch nicht näher vertraut gemacht. — **W. Z. 21.** Dazu ist handwerksmäßige Fertigkeit und Kenntnis erforderlich, so daß Sie sich nur vom Fachmann beraten lassen können. — **G. Z. 17.** Zentral-Kaufmännische für Auswanderer, Berlin, Karlshof 9/10. — **N. Z. 7.** Ja. — **W. Z. 20.** Das halten wir für ausgeschlossen. — **M. Z. 63.** Nein. — **Riga 93.** Ja, die Einschichtung zum Militär ist jetzt möglich. — **100 Sch.** Die Kündigung mußte Ihrem Mann rechtzeitig zugestellt werden. Sie sind sonst zur Rückzahlung der Wohnung verpflichtet. Nachen Sie davon aber dem Birt schriftlich Mitteilung. — **G. Z. 42.** Wenn die Gefahr besteht, daß die Gemeinde Unterstützung zahlen möchte, kann sie den Aufenthalt verweigern. — **Unterstützung Reutlin.** Ja, wenn der Sohn zum Unterhalt beigetragen hat. — **Cito 99.** Nein. — **S. 500.** Wird im Desterfeld eingezogen. — **M. 40.** Wahrscheinlich selbstständig. — **H. R. 166.** Ja. Wenn Sie zu diesem Zweck Urlaub bekommen, haben Sie auch freie Fahrt. — **P. G. 100.** Sowie er will. — **H. Z. 3.** Wegen übermäßiger Fettleibigkeit dienstuntauglich. — **H. Z. 50.** Wenn der Vertrag nur mit Ihnen geschlossen ist, können Sie auf Kündigung verklagt werden, auch können die Sachen einbehalten werden. — **Fr. G. 14.** 1. Sie müssen 60 M. zahlen. 2. Nach unserer Meinung

ist damit die Kündigung zum 1. April ausgeschlossen. — **N. Z. 40.** 1. Die Karte muß alle 2 Jahre zum Umtausch vorgelegt werden. 2. Neben Sie die Inhaberkarte, bewahren Sie die Versicherung bei der Krankenkasse. 3. Zur Ausreicherung der Anwartschaft genügt, wenn in 2 Jahren 20 Mark geleistet sind. — **G. W. 125.** Sie können deswegen nicht ausbleiben. Aber bestehen Sie darauf, daß Ihnen die Beiträge in bisher gewohnter Weise zur Verfügung gestellt. — **Kandlmann G. 50.** Er muß sich ihnen lassen. — **G. Z. 21** und **W. H. 132.** 1. u. 2. Ja. — **J. Z. 1826.** Möglich schon, aber nicht wahrscheinlich. — **G. Z. 27.** Wenn Sie mit dem Vermieter nicht einmündel eine geringere Miete vereinbart haben, dann müssen Sie die Miete nachzahlen. — **M. 156.** An die Landeszentralbehörde. — **R. Z. 87.** Der Bruder hat Anspruch auf Rente. — **G. Z. 100.** Sie müssen von dem Birt Mitteilung des Miethandes verlangen. Wenn er dem Verlangen nicht nachkommt, können Sie auf Lösung des Vertrages klagen. — **M. R. D. 25.** Nein. — **Parteimitglied 36184.** 1. und 2. Hat keinen Anspruch auf Nachpreisermäßigung. 3. Sie dürfen nicht beiden Kassen angehören. — **W. R. Regentin.** Wenn Sie Ihre Zustimmung zur Fällung des Baumes ausdrücklich verweigern, muß für Nachbar erst Ihre Beurteilung dazu erwirkt, die in dem Falle früher nicht erfolgen wird; § 923 B. G. B. bezieht sich darauf.

Wöchentlich Marktbericht der holländischen Marktstellen-Direktion über den Großhandel in den Zentral-Marktsorten. (Ohne Verbindlichkeit.) Dienstag, den 12. Januar. Fleisch: Rindfleisch per 50 kg, Ostfriesisch Ia 86—96, do. Ia 79—85, do. IIIa 74—78; Bullenfleisch Ia 84—90, do. Ia 74—83; Schweinefleisch 66—70, do. mager 44—58; Pfeffer 65—76, Pfeffer, baltische, 58—57. Butter, baltische, 58—70; Kalbfleisch: Doppelfender 135—145; Rindfleisch Ia 100—110, do. Ia 75—85; Kalber ger. gen. 45—55. Hammelfleisch: Westfälisch 93—100; Hammel Ia 84—92, do. Ia 78—83; Schafe 82—88. Schweinefleisch: Schmalz 84—90, fettige 75—83. — Gemüse: Inländisches: Kartoffeln, Daberige 50 kg 3,75; weiße Kaisertrauben 3,50; Magnum bonum 3,75; Wollmann 3,50—3,75; Porree, Schod 0,70—1,00; Sellerie, Schod 3,50—7,00; Spinat 50 kg 15,00—28,00; Kohlraben 2,75—4,00; Birngelb Schod 4,00—10,00; Birngelb 50 kg 5,00—6,00; Weiztobi Schod 3,00—8,00, Weiztobi 50 kg 4,00—5,00; Kollisch, Schod 4,00—10,00; Kollisch 50 kg 3,00 bis 5,00; Grünkohl 50 kg 5,00—6,00; Kohlraben 50 kg 3,50—6,00; Zeltower Rüben 50 kg 12,00—16,00, Märkische Rüben 50 kg 3,00—10,00; Rosenkohl 50 kg 30,00—35,00, Bitterkohl Schod 5,00—14,00, Petersilienwurzel Schodbund 1,00—3,00; Zwiebeln 50 kg 11,00—13,00, Pfefferkörner: Italienische 50 kg 10,00—12,00, dito 200 Stück 8,00—11,00, 300 St. 9,00—11,00, Turcia 200 St. 8,00—13,00, dito 300 Stück 8,00—14,00, Weizna 160 St. 11,00—12,00, 200 St. 9,00—11,00, 300 St. 8,50—11,00, Weizna Plus 80 St. 9,00, do. 100 St. 8,50—9,50, do. 150 St. 10,00.

Wetterausichten für das mittlere Norddeutschland bis Donnerstagmittag: Etwas kälter, zeitweise auflockernd, aber noch nachhaltend mäßig und besonders im Norden vereinzelt geringe Niederfälle.

**Dem Andenten unserer auf dem Kriegsschauplatz
gefallenen Genossen!**

Am 27. Dezember verstarb im Lazarett zu Witten der Schutzmarschmeister

Willi Borkenhagen
Gallensteinstr. 40. Bezirk 182 I.

Am 4. November fiel im Westen der Arbeiter

Hans Bierbach
Grüner Weg 114. Bezirk 256.

Am 12. Januar verstarb im Lazarett infolge einer Verwundung der Felzer

Wilhelm Hahn
Friedrichstr. 59.

Die Beerdigung findet heute nachmittags 3 Uhr auf dem Garnisonkirchhof, Galienstraße, statt.

Sozialdemokr. Wahlverein f. d. 4. Berliner Reichstagswahlkr.

Am 22. Dezember 1914 fiel im Osten unser Genosse, der Schlosser

Hugo Schadow
Dumersstr. 71. 4. Abt. Bez. 548

In den Kämpfen im Osten der Metallarbeiter

Paul Gottmannshausen
Seefstr. 119. 22. Abt. Bez. 775.

Sozialdemokr. Wahlverein f. d. 6. Berliner Reichstagswahlkr.

Am 15. November fiel im Osten der Bauhau infolge Kopfschuß unser Genosse und Bezirksführer, der Maurer

Adolf König.

Sozialdem. Wahlverein Niederbarnim, Bez. Rüdersdorf.

Im Westen fiel durch Kopfschuß unser Genosse

Willi Resa.

Bei den Kämpfen im Osten fiel der Genosse

Friedrich Mucks
Wilhelmstr. 63

Sozialdemokrat. Kreis-Wahlverein Niederbarnim, Bez. Lichtenberg.

Deutscher Metallarbeiter-Verband
Verwaltungsstelle Berlin.

Den Kollegen zur Nachricht, daß unser Mitglied, der Arbeiter

Karl Kaselow
am 8. d. Mts. an Darmleiden gestorben ist.

Die Beerdigung findet am Mittwoch, den 13. Januar, nachmittags 2 Uhr, von der Leichenhalle des Emmaus-Kirchhofes in Reußhau aus statt.

Den Kollegen ferner zur Nachricht, daß unser Mitglied, der Mechaniker

Adolf Linke
am 10. d. Mts. an Lungenleiden gestorben ist.

Die Beerdigung findet am Mittwoch, den 13. Januar, nachmittags 3 Uhr, von der Leichenhalle des neuen Friedrichsfelder Friedhofes in Karlshof aus statt.

Ehre ihrem Andenken!

Rege Beteiligung erwartet
130/6 Die Ortsverwaltung.

Verband der Tapezierer
Filiale Berlin.

Am Sonntag, den 10. Januar, verstarb unser Mitglied, Kollege

Friedrich Schulz.

Ehre seinem Andenken!

Die Beerdigung findet am Mittwoch, den 13. Januar, nachmittags 3 Uhr auf dem neuen Marien-Kirchhof, Breznauer Allee 7, statt.

179/2 Die Ortsverwaltung.

An den Folgen seiner schweren Verletzung bei den Kämpfen im Osten am 19. Dezember starb mein lieber, unvergesslicher Mann, der Rejerer

Friedrich Schulz
(11. Bionier-Bataillon, 2. Komp.) im 27. Lebensjahre.

Witwe **Martha Schulz** geb. Kempin. Berlin-Etzlaub.

Ich hab' ein schönes, kurzes Gläubchen, das ich dir übergeben will. Nun ruhest es auf ewig unvergessen; Die Trennungstunde schlingt zu sich. Vergessen werde ich dich nie. Geliebt beweint und nie vergessen.

Allen Bekannten und Verwandten die traurige Nachricht, daß unser lieber Sohn

Karl Schmidt
nach langem, schwerem Leiden sanft entschlafen ist.

Dies gelien tiefbetrubt an **Julius Schmidt** nebst Frau 8633 Kiantshof Str. 5.

Die Beerdigung findet Freitag, den 15. Januar, nachm. 3 Uhr, auf dem holländischen Friedhof, Müllerstraße, Ede Seefstraße, statt.

Arbeiter-Turnverein Adlershof.

Den Mitgliedern zur Kenntnis, daß unser Turngenosse

Robert Heinrich
am 30. Oktober im Alter von 24 Jahren bei den Kämpfen im Osten gefallen ist.

Reicht sei ihm die fremde Erde!

Den Tod auf dem Schlachtfeld fand am 18. November im Osten unser lieber Sohn, Bruder und Bräutigam

Bruno Richter
Unteroffizier d. R. Inf.-Reg. 148 im blühenden Alter von 26 Jahren.

In tiefstem Schmerz namens der Hinterbliebenen

August Richter Eltern,
Erich Richter als Bruder,
Wag Richter als Braut,
Martha Jesierski als Braut, Siedingstr. 8.

Ruhe sanft in Feindes Land.

Wir erfüllen hierdurch die traurige Pflicht, allen Bekannten den durch Unglücksfall erfolgten Tod unseres geliebten Sohnes und Bruders

Kurt Müller
im Alter von 7 1/2 Jahren anzugeben.

Die tiefgebeugten Eltern **Wilhelm Müller** und Frau **Martha geb. Koste**, Charlottenburg, Englische Str. 24.

Die Beerdigung findet morgen, Donnerstag, den 14. Januar, nachmittags 3 1/2 Uhr, von der Halle des Luisen-Kirchhofes am Hirtensdrammer Weg aus statt.

Kein von der Feindes Hand fiel auf dem Schlachtfeld im Osten am 12. Dezember mein inniggeliebter Mann, lieber Sohn, Bruder, Schwager, Onkel und Schwiegervater, der Gef. M.

Fritz Lehmann
im blühenden Alter von 26 Jahren.

Im tiefsten Schmerz **Frau Marie Lehmann** geb. Birkholz, Witwe **Emma Lehmann**, Mutter, **Paul Lehmann** und Frau **Walter Lehmann** u. Frau **Familie Birkholz**, **Paul Zimmermann**.

Du mußt uns so schnell verlassen und von den Deinen geh'n. Wir können es immer noch nicht fassen. Daß wir uns nicht mehr wiedersehen!

Nach langem Leiden verschied am Sonntag, 10. Januar, mein teurer Gatte, unser lieber Sohn, Bruder, Schwager und Onkel, der Klempner

Albert Wendel
im Alter von 38 Jahren.

Im Namen der Hinterbliebenen **Frau Martha Wendel**.

Die Beerdigung findet am Donnerstag, den 14. Januar, nachmittags 3 Uhr, von der Leichenhalle des Friedhofes in Stahnsdorf aus statt.

8645

In Erfüllung der traurigen Pflicht fiel in den Kämpfen im Rückland unser lieber Kollege

Fritz Lehmann.

Wir verlieren in ihm einen unserer Besten und werden sein Andenken in Ehren halten.

Die Kollegen der Firma **Märkische Werkzeugfabrik G. m. b. H.** Reußhau, Rahlower Str. 24.

Allen Verwandten, Freunden und Kollegen die traurige Nachricht, daß unser lieber Vater, Schwieger- und Großvater

Gustav Pöckelmann
nach langem Leiden sanft entschlafen ist.

Im Namen der Hinterbliebenen: **Paul Pöckelmann**.

Die Beerdigung findet am Donnerstag, den 14. Januar, nachmittags 1/4 Uhr, von der Leichenhalle des Adlershofer Kirchhofes aus statt.

Den ehrenvollen Heldentod fürs Vaterland fand am 6. Januar 1915 im Lazarett zu Kupsburg, Bayern, mein lieber Mann, unser guter Vater, Schwiegeronkel, Schwager und Onkel, der Oberjäger

Gustav Hawlitzky
Feldjäger-Reg. 14. 1. Komp., im Alter von 31 Jahren.

Im tiefsten Schmerz **Witwe Luise Hawlitzky** geb. Burgemeister nebst Kindern u. allen Angehörigen.

Wirksame Hilfe bei **Husten** anfallen und **Asthma** starker **Verschleimung** durch **Reichels Echte Asthmatropfen**, berühmt durch ihre Wirkung! Zahlreiche Erfolgeberichte! **Fl. 2.50. Otto Reichel**, Berlin 43, Eisenbahnstr. 4.

Haben Sie Stoff? Ich fertige davon **Anzug od. Paletot nach Maß**, schnell, dauerhaft. **Zustaten von 25 Mark an. Moritz Laband**, Neue Promenade 8, II. (Stadtth. Börs.).

In Freien Stunden
Die **Wochenschrift für Arbeiterfamilien** **Wöchentlich 1 Heft für 10 Pf.**

Minlos'sches Waschpulver alleintätig, ohne Seife oder Soda zu verwenden das 1 Pfd. Paket kostet nur 30 Pf.

Sozialdemokratischer Wahlverein f. d. 4. Berl. Reichstagswahlkreis
Frankfurter Viertel. Bezirk 267.

Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unsere Genossin

Frau Anna Lange
Wahmannstraße 82 gestorben ist.

Ehre ihrem Andenken!

Die Beerdigung findet am Donnerstag, den 14. Januar, nachmittags 3 1/2 Uhr, von der Halle des Hietzfelder Friedhofes, Pappel-Allee, aus statt.

Köpenicker Viertel. Bezirk 187 I.

Nachruf.

Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Genosse, der Straßenreiniger

Friedrich Johannes
Gurynstraße 25 gestorben ist.

Ehre seinem Andenken!
219/3 Der Vorstand.

Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme bei der Beerdigung meines Mannes **Oskar Reich** sagen wir den Beamten und Arbeitern der H. G. B. unseren herzlichsten Dank. **Witwe Johanna Reich** nebst Kindern.

8655

Sozialdemokratischer Wahlverein f. d. 6. Berl. Reichstagswahlkreis.
18. Abt. Bez. 817a.

Am Montag, den 11. Januar, verstarb unser Genosse, der Leberarbeiter

Rudolf Jäserick
Nefenhaler Str. 21.

Ehre seinem Andenken!

Die Beerdigung findet am Donnerstag, den 14. Januar, nachmittags 3 1/2 Uhr, von der Leichenhalle des St. Elisabeth-Kirchhofes in der Wolankstraße aus statt.

Im rege Beteiligung ersucht
235/7 Der Vorstand.

Verband d. Gemeinde- u. Staatsarb.
Filiale Groß-Berlin.

Unsere Mitglieder zur Nachricht, daß der Kollege

Wilhelm Hahn
welcher im Betriebe der holländischen Kanalisation, Pumpstation 5, beschäftigt war, infolge einer Verwundung im Kriege, verstorben ist.

Wir werden ihm ein ehrendes Andenken bewahren.

Die Bestattung findet heute Mittwoch, den 13. Januar, nachmittags 3 Uhr, auf dem Garnison-Kirchhof in der Galienstraße statt.

41/4 Die Ortsverwaltung.

Spezialität: Sonder- 12 h. 2 geöffnet! Sonntag

Angebot innerhalb des Inventur-Ausverkaufs

Soweit Vorrat.

Rein-Plüschmäntel, zum Teil Modelle, seidene glatt und mit hübschen Besätzen, auf reinseidenem Damasseofutter, sonst 128.—, 150.—, h. 225.— **75.—**

Gute Wollplüschmäntel (10 Jahre Garantie) **M. 49.—**

Ein großer Posten eleganter **Abendmäntel** sonst 60.—, 75.—, 90.—, 112.—, für **20.—**

Ein großer Posten **Lodenmäntel** sonst bis 40.—, für **15.—**

Echte **Pelzmäntel** (Qualitätsware) sonst lange 1000.—, 600.—, 450.—, 225.—, für **400.—, 300.—, 200.—** **100.—**

Ca. 3000 Stück **Kostüme** Ohne Rücksicht auf Wert und Preis: **Fescheste Ulster**, sonst h. 50.—, für **15.—**; **Modell-Ulster**, sonst h. 112.—, für **25.—**; **Röcke u. Blusen** 50 % unter Preis.

Ein großer Posten praktischer **Gummimäntel** sonst bis 50.—, für **15.—, 8 1/2**

Ein großer Posten **Lodencapes** sonst bis 28.—, für **8 1/2**

Echte **Sealplüschmäntel**, hochelegant, sonst bis 215.—, ohne Rücksicht auf Preis **M. 85.—**

Sonder-Abteilung Trauermagazin.

I. Mohrenstraße 37a (Kolonaden.) II. Große Frankfurtstraße 115, nahe Andreasstr.

Westmann